

Der Niedergang der Sozialdemokratie ist hausgemacht (und daher umkehrbar)

Anmerkungen zum Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl 2017

Richard Stöss

1) Vorbemerkung

Es ist nun schon das dritte Mal in Folge, dass die SPD bei Bundestagswahlen eine schwere Niederlage hinnehmen muss. Nach 23 Prozent (2009) und 25,7 Prozent (2013) jetzt sogar nur noch 20,5 Prozent. Wenn nun nach Fehlern gesucht und die Schuldfrage gestellt wird, sollte bedacht werden, dass die Talfahrt schon viel früher begonnen hat, nämlich kurz nach dem sensationellen Wahlerfolg der SPD bei der Bundestagswahl 1998 mit 40,9 Prozent (Tabelle 1, Anhang).

Über die Ursachen für das miserable Abschneiden bei den bisherigen Wahlen ist viel diskutiert und publiziert worden. Auch für diese Bundestagswahl wird es nicht an klugen Untersuchungen mangeln. Diesen soll hier auch gar nicht vorgegriffen werden. Beabsichtigt ist eine Analyse der Gesamtentwicklung der letzten nahezu 20 Jahre. Ich werde zeigen, dass die SPD im Parteienwettbewerb auf Bundesebene grundsätzlich strukturell benachteiligt ist und dass sie diese Benachteiligung nur ausgleichen oder wenigstens doch reduzieren kann, wenn sie bei der Gestaltung ihres politischen und personellen Angebots bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Ich werde diese Erfolgsbedingungen erläutern und dann darlegen, dass die SPD diese Bedingungen in den vergangenen Jahren ganz oder teilweise missachtet hat. Ihr Niedergang ist insoweit selbst verschuldet.

Dieses Urteil impliziert aber auch eine positive Botschaft: Ein Wiederaufstieg ist möglich, wenn die Erfolgsbedingungen beherzigt werden.

2) Fünf Erfolgsbedingungen der SPD

Wahlergebnisse hängen vom **Angebot der Parteien** (v.a. Programmatik, Personal und Performanz) und der **Nachfrage der Bürger** (v.a. Wertorientierungen, politische Einstellungen, Interessen und Stimmungen) ab. Dabei ist zwischen langfristig und kurzfristig wirksamen Faktoren zu unterscheiden. Zu den **Langfrist-Faktoren** zählen vor allem die soziale Veranke-

rung einer Partei, die Identifikation mit einer Partei, die grundlegenden Ziele bzw. Wertorientierungen, das Profil bzw. der "Markenkern" und damit auch das Image einer Partei sowie ihre Position und Machtchancen im Parteiensystem. Bei den **Kurzfrist-Faktoren** handelt es sich vor allem um den allgemeinen Zustand einer Partei (Probleme, Konflikte, Pannen, Skandale etc.), um ihren Umgang mit einzelnen Sachfragen, ihre Problemlösungskompetenzen und Wahlprogramme, die Eigenschaften der Spitzenkandidaten, die Wahlkampf-führung bzw. Wahlkampfkommunikation, die Bündnispolitik, insbes. die Koalitionsoptionen einer Partei. Ich werde mich in diesem Beitrag nicht nur, aber vor allem mit den langfristig wirksamen Faktoren befassen.

Der Erfolg einer Partei hängt nicht zuletzt davon ab, wie stark Angebot und Nachfrage miteinander korrespondieren. Dabei müssen sich Parteien nicht zu Bütteln der Nachfrage machen, sie können sie in gewissem Umfang auch durch die Gestaltung und die Kommunikation ihres Angebots beeinflussen. Maßgeblich wird die Nachfrage allerdings von den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen geprägt, die dafür verantwortlich sind, dass die SPD im Parteienwettbewerb auf Bundesebene grundsätzlich gegenüber den Unionsparteien benachteiligt ist. Das deutsche Parteiensystem ist nämlich durch eine **be-trächtliche Asymmetrie**¹ gekennzeichnet: Seit Bestehen der Bundesrepublik herrscht ein deutliches Machtungleichgewicht zugunsten der Unionsparteien (Tabelle 1). Zwischen 1949 und 2013 erreichte die CDU/CSU bei 15 von bis dahin insgesamt 18 Bundestagswahlen ein teilweise wesentlich besseres Resultat als die SPD, 2002 herrschte ein Patt, und nur 1972 und 1998 obsiegten die Sozialdemokraten mit 0,9 bzw. 5,7 Prozentpunkten Vorsprung (Grafik 1). **Die Unionsparteien stellen mithin die dominierende Kraft im Parteiensystem der Bundesrepublik dar.**

Das Ausmaß der Asymmetrie lässt sich präzise beziffern: Es betrug im Durchschnitt der vergangenen 18 Bundestagswahlen 6,7 Prozentpunkte. Die Union brachte es in diesem Zeitraum im Mittel auf 42,6 Prozent der Zweitstimmen, während der entsprechende Wert für die SPD 35,9 Prozent ausmacht. Nebenbei bemerkt ist die Asymmetrie im Zeitverlauf etwas eingeschmolzen: Der Durchschnittswert betrug bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1987 7,4 Prozentpunkte, bei den Wahlen seit der Einheit 1990 bis 2013 aber nur noch 5,3 Prozentpunkte (Tabelle 3). Diese Entwicklung wirkte sich für die SPD allerdings nicht vorteilhaft

1 Dauerhafte deutliche Zweitstimmendifferenz der beiden größten Parteien eines Systems.

aus. Denn gleichzeitig verschlechterten sich ihre Aussichten, führende Regierungspartei im Bund zu werden. Genaueres dazu später.

Die nun nahezu 70 Jahre währende Asymmetrie des deutschen Parteiensystems lässt sich kaum allein damit erklären, dass die "klassische" Wählerschaft der SPD im Zuge des sozialen Wandels und des Wertewandels abschmilzt. Und auch die Zunahme der Nichtwähler, die weithin aus den unteren sozialen Schichten stammen, erklärt nur teilweise die vergleichsweise geringen Wahlchancen der SPD. Entscheidend dürfte sein, dass die politische Kultur der Bundesrepublik - also die Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung und die regionalen Traditionen und Mentalitäten - eher einen **moderaten Konservatismus** begünstigen, der möglichst christlich und sozial ausgerichtet ist und Reformen nur dann zulässt, wenn sie zur Erhaltung des Bestehenden unabweisbar sind.

Will die SPD unter diesen schwierigen Bedingungen maßgebliche politische Kraft werden (oder bleiben), muss sie die Wettbewerbsnachteile, die ihr aus den sozioökonomischen und politisch-kulturellen Gegebenheiten erwachsen, durch besondere Anstrengungen bei der Gestaltung ihres Angebots ausgleichen. Dabei sind einige, den Rahmenbedingungen geschuldete und aus Erfahrung gewonnene Voraussetzungen zu beachten:

Erste Erfolgsbedingung: Die SPD braucht ein sozialdemokratisches Reformkonzept zur Bewältigung der mit der Globalisierung verbundenen fast schon revolutionären Veränderungen der ökonomisch-sozialen und der politisch-kulturellen Verhältnisse.

Die Partei muss sich durch die politisch-programmatische Fixierung auf grundlegende Ziele bzw. Wertorientierungen einen unverwechselbaren Markenkern erarbeiten und ihr Profil immer wieder durch darauf bezogene Maßnahmen untermauern und aktualisieren. Im Zentrum dieser Bemühungen sollte die Entwicklung von Konzepten und Kompetenzen in den für die Adressaten der SPD besonders wichtigen Politikfeldern Wirtschaft, Arbeit und Soziales stehen. Erfolgreich war die SPD immer dann, wenn sie über die Meinungsführerschaft in als besonders wichtig erachteten Themen verfügte. Gleichzeitig muss die Partei kompetentes, populäres und möglichst auch charismatisches Personal herausstellen, das ihren Markenkern überzeugend verkörpert.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Erwartungshaltungen der Bevölkerung bezüglich der CDU/CSU und der SPD deutlich unterscheiden: Von den Konservativen erwartet man zumeist nur die Bewahrung des Status quo, Kontinuität, Stabilität und Sicherheit. Für die politische Linke wird die Latte zumeist höher gelegt: Sie soll auch für Fortschritt und Reformen, für Solidarität und Gerechtigkeit sorgen. Manch ein Sympathisant erhofft sich darüber hinaus sogar Visionen für eine bessere Welt. Wenn also die öffentlichen Diskurse durch Themen wie Sicherheit, Ruhe und Ordnung geprägt sind, drohen die linken Parteien, die eher für Wandel und Modernisierung stehen, ins Hintertreffen zu geraten.

Leitbild eines sozialdemokratischen Reformkonzepts könnte ein Bündnis von (europäischen) Staaten sein, die auf der Grundlage eines verbindlichen Mindestbestands an demokratischen Normen und Werten die globalen Probleme, Konflikte und Krisen gemeinsam, friedlich, solidarisch, gerecht, ökologisch und human angehen und dabei insbesondere die negativen Begleiterscheinungen der turbokapitalistischen Globalisierung durch die Regulierung der Märkte und die Einführung von Mindeststandards abmildern.

Bei der Globalisierung handelt es sich um einen ambivalenten Vorgang: Einerseits gewährleistet sie nicht nur für die Wirtschaft sondern auch für die Menschen ein enormes Ausmaß an Freiheiten und Chancen. Andererseits wächst aber auch das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, nach Gerechtigkeit, nach Geborgenheit und Orientierung, nach nationaler oder kultureller Identität, wobei die Auffassung Platz greift, dass dies nur durch einen souveränen, nach innen und außen starken (National-)Staat gewährleistet werden kann, durch einen Staat, der die wirklichen Interessen des Volkes vertritt, der für Ruhe und Ordnung sorgt, den Einfluss fremder Kulturen abwehrt, internationale Verpflichtungen bzw. Abhängigkeiten reduziert und als schädlich empfundene gesellschaftspolitische Reformen zurücknimmt. Die Sozialdemokratie sollte sich daher in Theorie und Praxis als Bollwerk gegen nationalistische und ethnozentristische Bestrebungen im In- und Ausland präsentieren.

Dass die SPD in Sachen Wählergunst schwächelt, liegt vor allem an ihren ideologisch-programmatischen Defiziten bei der Erfassung und Bewältigung der tiefgreifenden ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Umwälzungen. Insbesondere wird die enorme Relevanz der mit der Globalisierung verbundenen sozialen und innenpolitischen Sicherheitsbedürfnisse verkannt. Gerade weil die Konservativen (und die Nationalliberalen) eher für Sicherheit stehen als die Linke, muss die SPD auch schlüssige Antworten auf die Frage

geben, wo der internationalen Verflechtung von Wirtschaft, Politik, Kultur und Kommunikation Grenzen gesetzt werden müssen, ohne dass Menschen- und Bürgerrechte verletzt werden².

Zweite Erfolgsbedingung: Die SPD muss ihre politischen und personellen Planungen langfristig und nachhaltig gestalten.

Asymmetrie ist eine grundsätzliche Eigenschaft des deutschen Parteiensystems. Ihr entgegenzuarbeiten stellt für die SPD mithin eine Daueraufgabe dar. Parteienwettbewerb findet nicht nur anlässlich von Wahlen und schon gar nicht nur in den "heißen Phasen" von Wahlkämpfen statt. Nach der Wahl ist vor der Wahl! Selbst wenn es zutreffen sollte, dass die Bürger ihre Wahlentscheidung immer später fällen³, bezieht sich diese Entscheidung doch auf das Angebot der Parteien insgesamt, also auf Programmatik, Personal und Performance. Die Meinungsbildung darüber erfolgt permanent und dürfte zumeist auch Schwankungen ausgesetzt sein. Selbst bislang treue Parteianhänger könnten noch bis kurz vor einer Wahl über einen Wechsel oder über Abstinenz nachdenken (und sich dann doch wieder für "ihre" Partei entscheiden).

Die Kernbotschaft der SPD sollte daher über längere Zeit kontinuierlich kommuniziert, glaubhaft politisch praktiziert und gegen Übergriffe der Konkurrenz verteidigt werden, damit sie sich tief im Bewusstsein der Bürger einprägen kann. Dafür reicht möglicherweise nicht einmal eine einzige Legislaturperiode aus.

Und auch die Auswahl und die Präsentation des Führungspersonals darf nicht das Ergebnis kurzfristiger Kalkulationen sein und nach dem Prinzip "Ex und Hopp" erfolgen. Insbesondere Spitzenpolitiker müssen die Chance erhalten, vielfältige politische Erfahrungen zu sammeln, sich in guten und schlechten Zeiten zu bewähren und Vertrauen bei den Bürgern aufzubauen. Willy Brandt oder Helmut Kohl hätten sich kaum zu erfolgreichen Bundespoli-

2 Richard Stöss: Die linken Parteien unter Globalisierungsdruck, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung. Festschrift für Oskar Niedermayer, Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 155-175.

3 Nach Infratest dimap (Wahlberichterstattung Bundestagswahl 2013) erfolgte die Wahlentscheidung bei 15 Prozent der Befragten "heute", bei 17 Prozent "in den letzten Tagen", bei 20 Prozent "in den letzten Wochen", bei 33 Prozent "vor längerer Zeit", und 14 Prozent gaben an, "immer dieselbe Partei" zu wählen. Etwas über die Hälfte der Befragten waren folglich "Spätentscheider".

tikern entwickeln können, wenn sie gleich nach ihrer ersten Wahlniederlage abserviert worden wären.

Bei der Bewahrung und Pflege ihres Markenkerns darf sich die SPD nicht von schlechten Umfrageergebnissen, von negativer Medienresonanz und auch nicht von Wahlniederlagen frustrieren lassen. Wenn sie ihr personelles oder sachliches Angebot an demoskopischen Befunden ausrichtet oder von Politstrategen formulieren lässt, wenn sie ihre Anhänger durch dauernden Personen-, Themen- oder gar Meinungswechsel irritiert, wird sie ihre Wettbewerbsnachteile kaum ausgleichen können.

Dritte Erfolgsbedingung: Um einen Machtwechsel herbeizuführen (bzw. zu verhindern) benötigt die SPD eine realistische Machtperspektive.

Es wurde bereits erwähnt, dass die Asymmetrie unseres Parteiensystems im Laufe der Zeit etwas geringer geworden ist. Dass die SPD davon nicht profitiert liegt daran, dass sich das Parteiensystem gleichzeitig ausdifferenziert hat. Bestand der Bundestag 1980 noch aus drei Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD), waren es 1983 mit den Grünen schon vier, 1990 mit der PDS fünf (ab 2005: Die Linke), und nun sind es mit der AfD sogar sechs Parteien. Dadurch sind die Chancen der SPD, eine kleine Koalition zu bilden, weiter gesunken.

Bislang gab es auf Bundesebene nur zwei Machtwechsel⁴ zugunsten der Sozialdemokratie, 1969 und 1998. Und in beiden Fällen konnte die Partei auf eine realistische Machtperspektive (Koalition mit der FDP bzw. mit den Grünen) verweisen und sich dadurch nicht nur programmatisch sondern auch machtstrategisch gegenüber den Unionsparteien profilieren.

Selbst wenn die SPD bei Bundestagswahlen die stärkste Partei wird, was bisher nur ausnahmsweise der Fall war und auch weiterhin sein dürfte, benötigt sie mindestens einen Koalitionspartner für die Kanzlermehrheit. Vermutlich kann sie als zweitstärkste Partei in einem Sechsparteiensystem aber nur dann den Regierungschef stellen, wenn sie von zwei Parteien unterstützt wird. Unabhängig davon, ob es sich dabei um die Grünen und die Linkspartei oder um die Grünen und die FDP handelt, muss ein derartig heterogenes

4 Bei einem Machtwechsel geht das Amt des Regierungschefs von einer Partei auf eine andere über. Bei einem Regierungswechsel ändert sich lediglich die Zusammensetzung der Regierungskoalition, wobei das Amt des Regierungschefs bei derselben Partei bleibt.

Bündnis rechtzeitig entwickelt, durch gemeinsame Projekte vorbereitet und der Bevölkerung gegenüber als politikfähige und notwendige Reformalternative vermittelt werden. Eine inhaltlich begründete Machterwerbsstrategie muss langfristig verfolgt werden und darf nicht vorschnell aufgegeben werden, weil sie in Umfragen keine Mehrheit findet.

Eine "Ampelkoalition" dürfte für die SPD nur in Betracht kommen, wenn innerhalb der FDP das links- bzw. sozialliberale Element dominiert. Mit einer wirtschaftsliberal ausgerichteten FDP dürfte es kaum möglich sein, eine Alternative zur turbokapitalistischen Globalisierung zu formen. Gegenwärtig müsste die Präferenz der SPD daher bei einem rot-rot-grünen Bündnis liegen. Selbst wenn dafür die Bezeichnung "Lager" verwendet wird, muss deutlich werden, dass damit lediglich ein Deutungsrahmen für die Wettbewerbssituation und für die Machtperspektiven der einzelnen Parteien gemeint ist.

Offt wird in der SPD die Auffassung vertreten, dass ihre Machtperspektive darin bestünde, über möglichst viele, auch Lager übergreifende Koalitionsoptionen zu verfügen. Daher sei die Koalitionsfrage in Wahlkämpfen offen zu halten und erst nach der Wahl zu entscheiden. Dieses Argument mag für die CDU/CSU als der dominanten Partei in unserem Parteiensystem gelten. Wenn sich die SPD koalitionsmäßig nach vielen Seiten offen präsentieren will, muss sie sich nämlich auch programmatisch auf unterschiedliche Konstellationen einstellen und darf keinen potenziellen Bündnispartner vor den Kopf stoßen. Damit läuft sie Gefahr, als profillos und als machtbesessen wahrgenommen zu werden.

Vierte Erfolgsbedingung: Die SPD muss ihre Stammwähler besonders pflegen.

Die Devise "Stammwähler halten – Wechselwähler gewinnen" hat allgemeine Gültigkeit, denn alle Parteien müssen darauf bedacht sein, anderen Parteien Wähler abzuwerben und zugleich die eigenen Wähler bei der Stange zu halten. In der Wahlforschung und mehr noch unter den Wahlkampfstrategen der Parteien scheint allerdings die Meinung vor zu herrschen, dass gerade die Wechselwähler über Erfolg und Misserfolg von Parteien und über den Fortbestand und das Ende von Regierungen entscheiden⁵. Oft werden Wechselwähler als besonders beweglicher und kritischer Teil der Bevölkerung angesehen, ohne deren abwägendes Urteil kein von Wahlen ausgehender Machtwechsel möglich sei.

5 Harald Schoen: Wechselwahl, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 386.

Wir haben es fast schon mit einem "Teufelskreis" zu tun: Weil es den etablierten Parteien an Profil und dem Parteiensystem an Polarisierung mangelt, fällt den Bürgern die Wahlentscheidung und den Meinungsforschungsinstituten die Voraussage dieser Entscheidung immer schwerer. In dem Maße, wie die Bürger ihr Wahlverhalten kaum noch auf politische Werte oder Sachfragen gründen können, weil sich die etablierten Parteien mit ihrem unspezifischen programmatischen Angebot nur noch um Nuancen unterscheiden, fällen sie ihre Entscheidung zwangsläufig nach Gefühlslage. Die Wahlkampfkommunikation ist daher stark auf die Stimmungswähler ausgerichtet, während die Pflege von Stammwählern und die Festigung von Parteibindungen allenfalls als nachrangig gelten. Und weil die Stimmungswähler von den Parteien realistischere als flexibel, volatil, entscheidungsträger und stark von der Medienberichterstattung beeinflusst angesehen werden, folgt die Wahlkampfkommunikation weithin der Medienlogik. Sie wird von Wahlkampfmanagern gestaltet, die vorrangig auf symbolische Politik, Inszenierungen und Ereignismanagement setzen und deutliche inhaltliche Positionierungen scheuen, um ja keine potenziellen Adressaten zu vergraulen.

Mit der Fixierung auf die Wechselwähler werden wichtige Funktionen der Stammwähler vernachlässigt: Sie verkörpern elektorale Stabilität und Kontinuität, sie repräsentieren die Traditionen und Werte der Parteien und sie sorgen für eine feste und dauerhafte Verankerung der Parteien in der Bevölkerung⁶. Legt man die Wählerwanderungsanalysen von Infratest dimap zugrunde, dann profitieren CDU/CSU und SPD überwiegend von konstantem Wahlverhalten. Bei den Bundestagswahlen seit 1998 betrug der Stammwähleranteil bei beiden Parteien zumeist über 70 Prozent ihrer Wählerschaft⁷. Dass er ausnahmsweise bis auf 60 Prozent abgesunken ist (Tabelle 4), hat besondere Gründe, die später benannt werden. Hier sei nur erwähnt, dass der Niedergang der SPD auch darauf beruht, dass sie die Stammwählerpflege vernachlässigt hat.

6 Richard Stöss: Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 26ff.

7 Schon 1965 schrieb Joachim Raschke, dass die Demokratie "die stabilisierenden ebenso wie die mobilen Kräfte" brauche. "Vielleicht ist das heutige Verhältnis von etwa 2 : 1 sehr ausgeglichen." (Wahlen und Wahlrecht, in: Zur Politik und Zeitgeschichte, H. 20/21, Berlin 1965, S. 77.)

Fünfte Erfolgsbedingung: Die Mitwirkung als Juniorpartner an einer Großen Koalition schadet der SPD.

Hier geht es nicht darum, dass Große Koalitionen in demokratietheoretischer Hinsicht außerordentlich problematisch sind und dass sie von den Parteien zumeist auch nicht explizit angestrebt werden, sondern nur für den Fall als Notlösung gelten, dass kleine Koalitionen oder Minderheitsregierungen nicht möglich erscheinen. Die SPD mag sich aus staatspolitischen Gründen zum Eintritt in eine unionsgeführte Koalition veranlasst sehen oder auch die Auffassung vertreten, dass tiefgreifende Reformen auf der Tagesordnung stehen, die breite gesellschaftliche Mehrheiten voraussetzen. Entscheidend ist, dass sie damit ihr Handicap im Parteienwettbewerb festschreibt.

Im Grunde genommen findet zwischen den Parteien einer Großen Koalition gar kein Wettbewerb statt. Jede Partei wird zwar bemüht sein, ihre Leistungen hervorzuheben, aber der Kanzler repräsentiert die Regierung gegenüber der Öffentlichkeit, er verfügt über die Richtlinienkompetenz und profitiert vom Amtsbonus. Und im Übrigen muss der Koalitionskonsens gewahrt bleiben. Während einer laufenden Regierungsperiode kann die SPD als Juniorpartner die zweite Erfolgsbedingung also gar nicht erfüllen. Und in dem sich anschließenden Wahlkampf stehen ihr nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung, sich gegenüber den Unionsparteien politisch abzugrenzen. Eine Profilbildung im Sinne der ersten Erfolgsbedingung erscheint dadurch nahezu unmöglich. Und selbst wenn sich die SPD in der darauf folgenden Legislaturperiode in der Opposition befindet und um politisch-programmatische Erneuerung bemüht, wird ihr immer wieder vorgehalten werden, dass sie mitverantwortlich für die bestehenden Verhältnisse ist. Auch um sich von den belastenden Nachwirkungen einer Großen Koalition zu befreien, dürfte die SPD daher mehr als nur eine Legislaturperiode benötigen.

Die beträchtlichen Kosten, die für die SPD mit einer Großen Koalition verbunden sind, lassen sich nicht einmal mit einem erkennbaren Nutzen für die Partei in Beziehung setzen. Sie kann allenfalls darauf verweisen, dass sie dadurch die Möglichkeit erhält, einige ihrer Forderungen umzusetzen. Koalitionspolitisch hat die CDU/CSU allerdings den Hut auf. Sie entscheidet (zumeist) darüber, wer ihr zur Macht verhelfen und unter ihrer Leitung die zweite Geige spielen darf.

Nicht zuletzt deshalb ist es der SPD im Bund und in den Ländern auch nur ausnahmsweise gelungen, als Juniorpartner der Union aus einer Großen Koalition heraus einen Machtwechsel zu erreichen. Und das auch nur mit tätiger Hilfe der CDU/CSU. Gerade einmal vier der bislang 16 unionsgeführten Großen Koalitionen mit SPD-Beteiligung mündeten in einen Machtwechsel (Bayern 1954, Bund 1969, Mecklenburg-Vorpommern 1998 und Berlin 2001). Zumeist erwiesen sich die Unionsparteien in diesen Fällen als konzeptionslos, skrupellos oder ungeschickt und begünstigten dadurch die Rochade zugunsten der SPD. Beispielsweise ermöglichte die CDU-Führung in Berlin den Machtwechsel durch ihre Verwicklung in einen veritablen Bankenskandal. Anders in Bayern: Dort war die CSU aus der Landtagswahl 1954 zwar als Sieger hervorgegangen, provozierte dann aber die Bildung einer Viererkoalition unter Führung der SPD durch ein außerordentlich arrogantes Verhalten bei den Koalitions Sondierungen. In drei anderen Fällen wurde eine CDU-SPD-Koalition für eine weitere Legislaturperiode fortgesetzt (Berlin 1996, 1999, Saarland 2017). In den verbleibenden neun Fällen sah sich die SPD nach ihrer Mitwirkung in einer unionsgeführten Großen Koalition auf die Oppositionsbänke verwiesen. Das galt auch für ihre Zusammenarbeit mit den Bündnisgrünen im ersten Kabinett Kretschmann in Baden-Württemberg (2011-2016).

Letztendlich trägt die SPD als Juniorpartner einer Großen Koalition zum Fortbestand der Dominanz der Unionsparteien im deutschen Parteiensystem bei. Von dieser Regel gibt es eine, allerdings seltene Ausnahme: Die SPD kann dann gestärkt aus einer Großen Koalition hervorgehen, wenn sie – wie von 1966 bis 1969 – die innovative Kraft neben einer Führungschwachen und politisch ausgelaugten CDU/CSU darstellt, über attraktive Problemlösungen in als besonders wichtig geltenden Politikfeldern verfügt und wenn in der Bevölkerung große Nachfrage nach ihrem Reformangebot besteht.

3) Die Vorgeschichte⁸

Aus der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl waren die Unionsparteien mit 43,8 Prozent als stärkste Kraft hervorgegangen. Die Vereinigungspolitik der Bundesregierung unter Helmut Kohl stieß zunächst auf große Akzeptanz in der Bevölkerung, und die Kompetenz in allen wichtigen Politikbereichen (Ankurbelung der Wirtschaft, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Management der deutschen Einheit) wurde eher bei den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP gesehen als bei der SPD oder gar bei den Grünen. Dass die SPD damals von 37 Prozent (1987) auf 33,5 Prozent absackte, lag vor allem daran, dass die Partei und insbesondere ihr Spitzenkandidat Oskar Lafontaine bezüglich der deutschen Einheit unglücklich taktierten und eine klare Linie vermissen ließen. Und mit ihren kritischen Hinweisen auf Probleme beim Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands fand die Partei kaum Gehör.

Bei der Bundestagswahl im "Superwahljahr" 1994 wurde die Regierungskoalition trotz erheblicher Verluste im Amt bestätigt. Sie hatte die außenpolitischen Hürden der deutschen Einheit umsichtig gemeistert, bei der inneren Einheit jedoch nicht alle Versprechungen ("Blühende Landschaften") bzw. Erwartungen erfüllt. Der Zweitstimmenvorsprung von CDU/CSU und FDP betrug gegenüber den drei Oppositionsparteien nur noch 0,2 Prozentpunkte, aber die Koalition konnte sich auf eine Mehrheit von zehn Abgeordneten stützen. Im Bundesrat war die Regierung Kohl dann aber auf die Zusammenarbeit mit der SPD angewiesen, die damals in zehn Ländern den Ministerpräsidenten stellte und in weiteren vier Ländern mit der CDU koalierte.

Im Bund befand sich die SPD allerdings in einer miserablen Verfassung: Es gab keine klare Führungsstruktur, die "Troika" aus dem diesmaligen Spitzenkandidaten Rudolf Scharping,

8 In den Abschnitten 3 bis 6 wurden auch folgende Veröffentlichungen verarbeitet: Richard Stöss: Stabilität im Umbruch (Anm. 6); Richard Stöss/Gero Neugebauer: Die SPD und die Bundestagswahl 1998. Ursachen und Risiken eines historischen Wahlsiegs unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Ostdeutschland, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 2, Berlin 1998, 74 S.; (im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/arbeitshefte2.pdf>); dies.: Mit einem blauen Auge davon gekommen. Analyse der Bundestagswahl 2002, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 7, Berlin, November 2002, 118 S. (im Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/schriften/Arbeitshefte/AHOSZ7.pdf>); Richard Stöss: Die Bundestagswahl 2009: Ergebnisse und Thesen zur Niederlage und zur Zukunft der SPD, Ms., 29 S. (im Internet: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsocz/mitarbeiter/stoess/publikationen/Stoess_BTW_2009.pdf).

aus Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder war intern zerstritten, Scharping führte den Wahlkampf dilettantisch, und es mangelte an einem klaren programmatischen Profil und an einem erkennbaren Konzept für den Machterwerb. Die Folge war, dass die Medien Rudolf Scharping regelrecht niederschrieben. Daher legte die SPD bei der Wahl nur 2,9 Prozentpunkte zu (die Grünen +2,2 PP und die PDS +2,0 PP), war aber wegen ihrer starken Stellung in den Ländern bundespolitisch sehr einflussreich.

Nach 1994 verschlechterte sich die Stimmung im Lande kontinuierlich, im Osten noch mehr als im Westen. CDU/CSU und FDP sahen sich zunehmend dem Vorwurf ausgesetzt, bei der sozial gerechten Gestaltung der inneren Einheit zu versagen. Die anfänglich euphorischen Hoffnungen, dass mit der D-Mark automatisch blühende Landschaften erwachsen, schlugen oft in Frustration um, und die Unzufriedenheit mit Demokratie und sozialer Marktwirtschaft nahm im Laufe der Jahre erheblich zu. Schon im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 deutete sich an, dass sich die Rechtsaußenparteien vor allem im Osten im Aufwind befinden. Im April 1998 gelang der DVU in Sachsen-Anhalt ein fulminanter Überraschungserfolg: 12,9 Prozent der Stimmen und 16 Mandate, das beste Landesergebnis einer rechtsextremen Partei seit Kriegsende! Bei der Bundestagswahl im September des Jahres brachten es DVU, NPD und Republikaner gemeinsam in Ostdeutschland auf fünf Prozent, im Westen immerhin auf 2,9 Prozent.

Die seit 1995 von Oskar Lafontaine geführte SPD konsolidierte sich rasch programmatisch, organisatorisch und personell. Bei der Bundestagswahl 1998 errang sie dann einen für ihre Verhältnisse historischen Wahlsieg (40,9%). Mit einem Zugewinn von rund drei Millionen Wählern gegenüber 1994 konnte sie die Unionsparteien mit einem Vorsprung von 5,7 Prozentpunkten überholen - ein bislang einmaliger Abstand! Selbst bei dem großen Wahlerfolg von Willy Brandt 1972 betrug der Unterschied zur CDU/CSU nur 0,9 Prozentpunkte. Bemerkenswert war auch, dass eine Koalition aus SPD und Bündnisgrünen gebildet werden konnte, obwohl die Grünen (leichte) Verluste hinnehmen mussten und die PDS erstmalig die Fünfprozent-Hürde überwinden konnte und mit 35 Abgeordneten in den deutschen Bundestag einzog.

Die Wahl wurde so bravurös gewonnen, weil die SPD diesmal mit einer klaren Machtperspektive (Rot-Grün) und mit einer schlüssigen Zielsetzung ("Innovation und Gerechtigkeit") antrat, die auch personell durch eine Doppelspitze verkörpert wurde: Durch den für die

Modernisierung der Wirtschaft stehenden und eher Wechselwähler von Union und FDP ansprechenden Kanzler Gerhard Schröder und den für soziale Gerechtigkeit stehenden und das Stammpublikum der SPD mobilisierenden Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Die Partei trug der verbreiteten Wechselstimmung in der Bevölkerung durch einen professionellen Wahlkampf ("Kampa") Rechnung, der sich sowohl an traditionalistisch gesinnte als auch an modernisierungsorientierte Wählerschichten, an die gewerkschaftlich orientierte Arbeitnehmerschaft und an die "neue Mitte", richtete. Die Hauptaufgabe von Wahlkämpfen, "Stammwähler halten - Wechselwähler gewinnen", wurde hervorragend gemeistert, weil sich die SPD zugleich wirtschaftspolitische und sozialpolitische Kompetenz erarbeitet hatte, was ihr einen Vertrauensvorschluss bei breiten Wählerschichten einbrachte. Es gelang der SPD allerdings nicht, dieses Wählerpolster zu stabilisieren. Sie verprellte zunächst ihre Wechselwähler, dann auch noch ihre Stammwähler.

4) Die Talfahrt beginnt

Der Niedergang der Sozialdemokratie zeichnete sich bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 1998 ab. Verantwortlich dafür waren nicht nur Koordinierungs- und Vermittlungsdefizite der Bundesregierung und handwerkliche Fehler bei der Regierungsarbeit sondern auch zunehmend in der Öffentlichkeit als problematisch empfundene Sachentscheidungen in der Außenpolitik (Nato-Engagement im Kosovo und Bombardierung Jugoslawiens, Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien und in Afghanistan) und mehr noch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Vor allem gelang es der SPD nicht, die in sie gesetzten Hoffnungen bezüglich der Bewältigung der hohen Arbeitslosigkeit und der Förderung von Wirtschaftswachstum zu erfüllen. Als Hans Eichel die Nachfolge von Oskar Lafontaine antrat (März 1999), gab er den "Sparkommissar"; das "Schröder-Blair-Papier" (Juni 1999) signalisierte die Aufgabe des Gerechtigkeitsversprechens und löste heftige innerparteiliche Diskussionen zwischen Modernisierern und Traditionalisten über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD aus; die von den Unternehmern begrüßten Steuerreformen deregulierten zwar die Finanzmärkte und fütterten die "Heuschrecken", führten jedoch nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung; die im Frühjahr 2003 verkündete neoliberale "Agenda 2010" verursachte ein Jahr später massenhafte Proteste gegen die Arbeitsmarktreformen; im Februar 2005 überschritt die Arbeitslosenzahl die magische Fünf-Millionen-Grenze; und schließlich mussten die Arbeitnehmer auch noch die "Rente mit 67" hinnehmen. Im Ergebnis verlor die

SPD dramatisch bei den Kompetenzzuschreibungen in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Wirtschaft.

Das Kernproblem der SPD bestand darin, dass sie beim Regierungsantritt 1998 keinerlei konzeptionelle Vorstellungen darüber besaß, wie sich zwei so gegensätzliche Ziele wie die Modernisierung der Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung und die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit miteinander vereinbaren, wie sich zwei so unterschiedliche Wählersegmente wie die gewerkschaftlich orientierte Arbeitnehmerschaft und die "neue Mitte" elektoral integrieren lassen. Der Partei fehlte dafür von Anfang an ein Masterplan, und sie hat auch zu keiner Zeit während ihrer Regentschaft den Versuch unternommen, einen solchen zu entwickeln. Entscheidende Sachfragen wurden von Gerhard Schröder ohne innerparteiliche Debatte entschieden und teilweise mit brachialen Methoden (Vertrauensfrage, Rücktrittsdrohungen) durchgesetzt. Die Funktion der aktiven Parteimitglieder als kommunikative Verbindungsglieder zwischen Bevölkerung und Parteiführung war damit außer Kraft gesetzt. Das betraf gerade auch die "Agenda 2010", die eine Lähmung der Partei bewirkte und schließlich zur Gründung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und dann der Partei DIE LINKE aus WASG und PDS führte. Die SPD hat sich auch niemals bemüht, ihre Wahlergebnisse - Erfolge wie Misserfolge - schonungslos und selbstkritisch zu analysieren. Schon nach einer eingehenden Betrachtung des großartigen Wahlerfolgs von 1998 wäre sie für die ihr bevorstehenden Integrationsleistungen sensibilisiert und davor gewarnt worden, die Belange der durch Oskar Lafontaine repräsentierten Strömung innerhalb der Mitglieder- und Wählerschaft zu vernachlässigen. Mit dem Ende der "Ära Kohl" bot sich für Rot-Grün die Chance, mittels einer langfristig angelegten sozialen und innovativen Reformstrategie die Meinungsführerschaft im Lande zu erringen. Sie wurde vertan.

5) Stationen der Talfahrt

Bei der Bundestagswahl 2002 ist die rot-grüne Koalition um Haaresbreite einer Niederlage entgangen. Die SPD überflügelte die Unionsparteien mit dem denkbar knappen Vorsprung von nur 6.027 Zweitstimmen, und Rot-Grün erzielte gerade einmal 1,2 Prozentpunkte mehr als Schwarz-Gelb (Tabelle 1). CDU/CSU und FDP hatten es nicht verstanden, die durchaus vorhandene Chance für einen Machtwechsel zu nutzen. Mit Verweis auf die Flutkatastrophe, die Irak-Debatte und Möllemanns antijüdische bzw. antiisraelische Post-

wurfaktion lautete der Tenor der meisten Deutungen des Wahlausgangs daher mit Blick auf SPD und Grüne "Glück gehabt" und mit Blick auf die Unionsparteien "Pech gehabt".

Dabei hatte sich bereits 1998 abgezeichnet, dass die Themen des nächsten Bundestagswahlkampfes Wirtschaft, Arbeit und soziale Gerechtigkeit sein würden. Da die diesbezügliche Bilanz von Rot-Grün nach drei Jahren nicht gerade rosig ausfiel, hätte es besonders großer Anstrengungen bedurft, um wenigstens das Potenzial von 1998 zu halten. Die SPD bediente sich Anfang 2002 jedoch einer völlig verfehlten Strategie (Konzentration auf die Mitte und auf Wechselwähler, Offenhalten der Koalitionsfrage, Personell Schröder-Stoiber) und steuerte erst Mitte Mai unter dem Eindruck katastrophaler Umfragewerte um (Konzentration auf Stammwähler und Vorfeldorganisationen, Betonung der sozialen Gerechtigkeit, Einbeziehung der Partei, Bekenntnis zu Rot-Grün).

Bei der Bundestagswahl 2005 wurde Rot-Grün dann abgewählt, Schwarz-Gelb erlangte aber auch keine Mehrheit. Die FDP konnte zwar etwas zulegen, die Union musste jedoch (wie auch die SPD) Verluste hinnehmen. Als Wahlgewinner konnte sich die PDS fühlen, die im Bündnis mit der WASG als "Die Linke" kandidierte und ihr Ergebnis von 4,0 Prozent auf 8,7 Prozent verdoppelte (Tabelle 1). PDS und WASG vereinigten sich 2007 zur Partei "DIE LINKE"⁹.

Es waren vor allem die "Agenda 2010" und die damit verbundenen Arbeitsmarktreformen (Hartz I bis Hartz IV), die dem Ansehen der SPD in der Öffentlichkeit schwer schaden. Die Reformen waren in der Partei umstritten und wurden von den Gewerkschaften und weiten Teilen der Bevölkerung als unsozial abgelehnt. Als die SPD die Ministerpräsidentschaft nach Landtagswahlen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und dann auch noch im "SPD-Stammland" Nordrhein-Westfalen an die CDU abtreten musste, kündigte Bundeskanzler Schröder vorgezogene Neuwahlen an. Zeitgleich trat Oskar Lafontaine von der SPD zur WASG über und machte dann gemeinsam mit Gregor Gysi durchaus erfolgreichen Wahlkampf gegen die SPD. Diese richtete ihre Kampagne nun stark auf soziale Gerechtigkeit aus und bekämpfte die Union als neoliberale Partei, die sich gegen die Interessen der kleinen Leute richte und durch die geplanten Erhöhungen von Steuern und Abgaben sozialen

⁹ Gero Neugebauer/Richard Stöss: Die Partei DIE LINKE. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, S. 151-199.

Kahlschlag betreibe. Damit gelang es dem genialen Wahlkämpfer Gerhard Schröder die SPD und ihre Anhänger zu mobilisieren und auch in Umfragen wieder zuzulegen. Im Ergebnis verlor die Partei bei der Bundestagswahl 2005 dann "nur" 4,4 Prozentpunkte gegenüber der Vorwahl und feierte dies als großen Erfolg. Von einem sozialdemokratischen Markenkern und einer langfristig angelegten politischen Strategie konnte allerdings keine Rede sein.

Da nach der Wahl weder eine "Ampelkoalition" (weil die FDP ablehnte) noch eine "Jamaikakoalition" (weil B90/G ablehnte) möglich war, und auch ein rot-rot-grünes Bündnis von allen drei Linksparteien abgelehnt wurde, ließ sich die SPD als Juniorpartner auf eine Große Koalition mit der zuvor als neoliberal gegeißelten CDU/CSU ein. Und das mit einem verheerenden Ergebnis Bei der Bundestagswahl 2009: Die Union erzielte mit 33,8 Prozent nach 1949 (31,0%) ihr zweitschlechtestes Ergebnis, verlor gegenüber 2005 (35,2%) allerdings nur marginal. Die SPD stürzte von 34,2 Prozent (2005) auf nunmehr 23 Prozent ab und unterbot damit sogar ihr bislang schlechtestes Resultat von 1953 (28,8%) deutlich. War sie 2005 in Ostdeutschland mit 30,4 Prozent noch stärkste Partei, so brachte sie es 2009 dort nur noch auf 17,9 Prozent. Und während sie 2005 noch in 12 Bundesländern (die CDU/CSU in vier) Mehrheitspartei war, verblieb ihr 2009 nur noch Bremen. Die Union eroberte die restlichen Länder - bis auf Brandenburg und Sachsen-Anhalt, wo die Linkspartei die relative Mehrheit erreichte. Diese verbesserte sich bundesweit von 8,7 Prozent auf 11,9 Prozent und fuhr damit das beste Bundestagswahlergebnis ihrer bisherigen Laufbahn ein. Das galt entsprechend für die FDP und die Grünen. Der SPD hatte die Juniorpartnerschaft mit der CDU/CSU dagegen eine historische Niederlage eingebracht (Tabelle 1).

Ursächlich für dieses Cannae waren das Verhalten der SPD in der Regierung Merkel und dann ihr Wahlkampfmanagement bei der Bundestagswahl 2009: kein sozialdemokratischer Markenkern, keine langfristig angelegte politische Strategie und keine Machtperspektive jenseits der Großen Koalition. Dass damit auch die Stammwählerbindungen erodierten, versteht sich von selbst. Politisch hatten die SPD-Minister in ihren Ressorts Entscheidungen durchzusetzen, die der Parteiprogrammatik bzw. den Absichtserklärungen der Partei im Wahlkampf widersprachen: vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Punkte, die "Rente mit 67" und die Gesundheitsreform. In diesem Zusammenhang verschärfte sich die Flügelkämpfe innerhalb der Partei, und es gab personelle Komplikationen. Im Bundestagswahlkampf kalkulierten die Konservativen und die Liberalen dann la-

gerstrategisch und arbeiteten auf ein schwarz-gelbes Bündnis hin, um einen Machtwechsel zugunsten der drei Linksparteien zu verhindern. Diese hatten allerdings gar keine Machtperspektive. SPD, Linkspartei und Grüne wollten zwar eine schwarz-gelbe Koalition verhindern, hatten allerdings keine überzeugende Antwort auf die Frage, worin die Alternative dazu besteht und wie sie realisiert werden kann. Denn eine gemeinsame Regierung kam für sie nicht in Betracht. Besonders verwirrend war die Haltung der SPD, die einerseits im Sinne der Lagertheorie das Schreckgespenst einer konservativ-neoliberalen Koalition an die Wand malte, andererseits aber eine Zusammenarbeit mit beiden "bürgerlichen" Parteien - sei es in einer Großen Koalition oder in einer Ampel - für möglich hielt, eine Kooperation mit der durch Lafontaine geprägten Linkspartei aber strikt ablehnte. Und die Bündnisgrünen verfolgten einen Kurs der "Eigenständigkeit", wohl auch, weil sie seitens der SPD großkoalitionäre Absichten befürchteten.

Offenbar war sich die SPD der Brisanz ihrer Wettbewerbssituation in einem Fünfparteiensystem nicht bewusst. Sie war (und ist es immer noch) umzingelt von einer modernen und weithin sozialen konservativen Partei, von einer soziale Gleichheit und Gerechtigkeit verheißenden sozialistischen Partei und von einer ökologisch und freiheitlich ausgerichteten grünen Partei. Sie kann aus allen Richtungen gewinnen, aber eben auch in alle Richtungen verlieren, mithin in einer profillosen Mittelposition zerrieben werden.

Auf dem Parteitag in Dresden im November 2009 wurde das Ergebnis der Bundestagswahl selbstkritisch als "schwere Niederlage" und als "Zäsur" in der Entwicklung der SPD bezeichnet. Ursachenanalyse und Schlussfolgerungen für die Zukunft wurden auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Weder in den Reden des scheidenden Parteivorsitzenden Franz Müntefering und des neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel noch in dem Leitantrag des Parteivorstands wurde die Wettbewerbssituation der SPD angesprochen, geschweige denn problematisiert.

Und auch in den vier Oppositionsjahren gelang es der SPD nicht, sich inhaltlich und personell zu erneuern. Und dies, obwohl die Performanz der konservativ-(neo)liberalen Bundesregierung miserabel war, was die Bürger allerdings eher der FDP als der Union ankreideten. Im Wahlkampf bestanden bei den wichtigen politischen Sachfragen so gut wie keine Unterschiede mehr zwischen den etablierten Parteien: Alle wollen die Energiewende, den Abbau der Staatsverschuldung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Er-

höhung des Kindergeldes, Mindestlöhne, Mietobergrenzen, Maßnahmen gegen Altersarmut etc. – und dies alles bei Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Insgesamt herrschte eine optimistische Grundstimmung im Lande, was sich auch in einer guten Bewertung der Bundeskanzlerin als (vermeintlicher) Garantin für Stabilität und Kontinuität äußerte. Die Union führte einen drögen Wahlkampf, der nahezu perfekt auf die Grundstimmung der Bevölkerung zugeschnitten war ("Weiter so") und kaum Angriffspunkte bot.

Der Wahlkampfstrategie der SPD mangelte es dagegen an Professionalität. Schon der Beginn war verunglückt: Anstatt die Inauguration des Spitzenkandidaten gut vorzubereiten und dann als Medienereignis zu zelebrieren, war Peer Steinbrück plötzlich da, weil er nach dem Verzicht von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel übriggeblieben war. Dass der Spitzenkandidat auch finanziell, mit qualifiziertem Personal und räumlich gut auszustatten ist, erschloss sich der SPD-Führung erst danach. Viele der von den Medien breitgetretenen Startschwierigkeiten hätten bei rechtzeitiger und gründlicher Vorbereitung der Kandidatur vermieden werden können. Vor allem aber mangelte es an Übereinstimmung von Programm und Kandidat. Steinbrück galt als wirtschaftsliberaler Verteidiger der Agenda 2010 und hatte nun ein Programm zu vertreten, das einen gesetzlichen Mindestlohn, eine auskömmliche Solidarrente, eine Altersrente ab 63 (nach 45 Beitragsjahren), eine effektivere Kontrolle der Finanzmärkte etc. forderte. Dass sich die Umfragewerte von CDU/CSU und SPD seit Mitte 2012 immer weiter auseinander entwickelten, war sicherlich nicht nur durch die große Zufriedenheit mit der Arbeit von Angela Merkel bedingt sondern auch durch die schlechte Performanz von Peer Steinbrück. Und es mangelte wie gehabt an einer realistischen Machtperspektive.

Am Wahlabend konnte die CDU/CSU mit 41,5 Prozent einen glänzenden Sieg feiern, die SPD legte leicht zu (25,7%), die Linkspartei und die Bündnisgrünen mussten leichte Einbußen hinnehmen, und FDP und AfD scheiterten an der Fünfprozenthürde (Tabelle 2). Das linke "Lager" verfügte 2013 über einen hauchdünnen Vorsprung von 42,7 Prozent gegenüber 41,5 Prozent der Union. Der fehlen nur fünf Bundestagsmandate zur absoluten Mehrheit.

Das Ergebnis war eine kuriose Situation: Die Regierung hatte keine Mehrheit mehr, konnte aber von der Opposition nicht abgelöst werden, weil diese dreigeteilt und uneinig war.

Damit war ein wesentliches Merkmal demokratischer Systeme, nämlich das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition, außer Kraft gesetzt. Bei einer Minderheitsregierung der CDU/CSU hätten die drei Parteien links der Mitte die Chance gehabt, sich Schritt für Schritt bis zur nächsten Bundestagswahl zusammenzuraufen und damit die Voraussetzung für einen Machtwechsel 2017 zu schaffen. Da allerdings eine der drei Oppositionsparteien, nämlich die SPD (nachdem die Grünen abgelehnt hatten), der Union als Koalitionspartner den Machterhalt sicherte, war diese Chance vertan.

Mit dem Bundestagswahlergebnis deutete sich eine weitere Verschlechterung der Wettbewerbssituation der Linksparteien an: Die damals noch rechtskonservativ-neoliberale AfD war zwar an der Sperrklausel gescheitert, mit 4,7 Prozent aber nur sehr knapp. Infolge ihres Auftritts dürfte die Wahlbeteiligung wieder etwas zugenommen haben (Grafik 4). Allerdings profitierte die Partei weniger von der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler ("Einwechsler") sondern hauptsächlich von Parteiwechslern, und dabei auch, wenn auch nicht vorrangig, von der Linkspartei und, etwas weniger, von der SPD (Tabelle 9). Jedenfalls hatte damit ein zusätzlicher Wettbewerber die politische Bühne betreten, der die Machtchancen der SPD weiter begrenzte.

6) Strukturmerkmale des Niedergangs

Bis zur Bundestagswahl 2009 büßte die SPD rund 10 Mio. Wähler ein: zwischen 1998 und 2002 1,7 Mio., zwischen 2002 und 2005 2,3 Mio. und zwischen 2005 und 2009 6 Mio. (Tabelle 5, Grafik 2). Die Talfahrt beschleunigte sich also während der Großen Koalition (2005-2009). Die Wählerwanderungsbilanzen weisen aus, dass die SPD in alle Richtungen verlor, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten im Zeitverlauf: Zuerst profitierten die Unionsparteien von den Verlusten der SPD, dann die Linkspartei und schließlich die Nichtwähler.

Der Verlauf im Einzelnen: Bei der Bundestagswahl 2002 gingen insgesamt 86 Prozent der SPD-Abwanderer zur CDU/CSU und zur FDP (zurück), und den Grünen kam knapp ein Drittel der SPD-Abwanderer zugute. Dafür optierten rund 300.000 ehemalige PDS-Wähler und 130.000 Wähler anderer Parteien für die SPD. Von 2002 auf 2005 erfolgten 32 Prozent der Verluste zugunsten der beiden "bürgerlichen" Parteien, von 2005 auf 2009 waren es dann nur noch 23 Prozent. Knapp die Hälfte der Abwanderungen zwischen 2002 und 2005 kamen den beiden Parteien des linken Spektrums zugute, wobei "Die Linke" mit 42 Prozent

den Löwenanteil erhielt, während sich die Grünen mit fünf Prozent abfinden mussten. Zwischen 2005 und 2009 wechselte nur noch ein Drittel der Abwanderer zu den Grünen (14%) oder zur Linkspartei (18%). Die Verluste ins Nichtwählerlager machten 1998/02 vier Prozent, 2002/05 16 Prozent, 2005/09 dann aber 33 Prozent aus (Tabelle 5a).

Das Abschmelzen der SPD-Wählerschaft führte auch dazu, dass das linke "Lager" seine absolute Mehrheit einbüßte (Grafik 3), obwohl die Bündnisgrünen und die Linkspartei teilweise sogar Zuwächse verbuchen konnten. 1998 brachten es die drei Parteien zusammen auf 53 Prozent der Zweitstimmen, 2002 und 2005 waren es immerhin noch 51 Prozent, 2009 nur noch 46 Prozent und 2013 sogar nur noch 43 Prozent.

Weitere Einsichten in die Struktur der SPD-Verluste ergeben sich, wenn die Zusammensetzung der SPD-Wähler nach Typen betrachtet und mit den entsprechenden Angaben für die Unionsparteien verglichen wird. Dabei unterscheidet man zwischen konstantem und wechselndem Wahlverhalten. Bei konstanten Wählern oder auch Stammwählern (bei Infratest dimap "Wählerstämme") handelt es sich um Personen, die bei zwei aufeinander folgenden gleichartigen Wahlen dieselbe Partei wählen. Bezüglich der Wechselwähler unterscheidet man zwischen Personen, die bei zwei aufeinander folgenden Wahlen von einer Partei zu einer anderen wechseln ("Parteiwechsler") und zwischen Personen, die sich bei der Vorwahl enthalten haben und bei der aktuellen Wahl nun aber eine Partei wählen wollen ("Einwechsler"). In den Wählerwanderungsbilanzen von Infratest dimap, deren Befunde hier ausgewertet werden, sind weiterhin die demographischen Veränderungen des Elektors berücksichtig (Erstwähler und Verstorbene, Zu- und Fortgezogene).

Insoweit auf Prozentangaben rekurriert wird (Tabellen 6a, 7a) ist zu bedenken, dass sich die Werte jeweils auf 100 addieren. Wenn also der Wählerstamm wächst, sinkt der variable Teil der Wählerschaft – und umgekehrt. Ein Beispiel (Tabelle 7): Bei der Bundestagswahl 2013 legte die CDU/CSU bei den Zweitstimmen gegenüber der Vorwahl 2009 von 33,8 Prozent auf 41,5 Prozent zu. Der Anteil ihrer Stammwähler sank von 72 Prozent auf 63 Prozent, während gleichzeitig die Parteiwechsler von 17 Prozent auf 25 Prozent und die Einwechsler von sieben auf acht Prozent zunahm. Wenn auch die absoluten Veränderungen betrachtet werden, zeigt sich, dass die Union nicht nur bei den Wechselwählern zulegen (von 3,6 Mio. auf 6,1 Mio.) sondern auch bei den Stammwählern (von 10,6 Mio. auf 11,4 Mio.).

Nun zur SPD: Zwischen 1998 und 2009 verlor sie 5 Mio. Stammwähler, 2,7 Mio. Parteiwechsler und 1,8 Mio. Einwechsler. Bei rund der Hälfte ihrer Verluste handelte es sich also um Stammwähler. Die größten Stammwählereinbußen musste die Partei während der Großen Koalition 2005-2009 hinnehmen, nämlich 3,8 Mio. Bei der Bundestagswahl 2013 legte sie dann bei den Zweitstimmen etwas zu (von 23% auf 25,7%). Diese Zugewinne wurden vor allem bei den Parteiwechslern (1,8 Mio.) und den Einwechslern (0,3 Mio.) erzielt. Bei den Stammwählern musste die SPD dagegen weitere Verluste hinnehmen, nämlich 0,9 Mio. (Tabelle 6b). Insgesamt fällt die Stammwählerbilanz im Zeitraum 1998 bis 2013 bei der CDU/CSU wesentlich besser aus als bei der SPD, die sträflich gegen die vierte Erfolgsbedingung verstoßen hat.

Ein weiteres Merkmal des Niedergangs der SPD ist die personelle Diskontinuität, vor allem im Parteivorsitz (Tabelle 8): Diskontinuität steht hier für die Unfähigkeit der Partei, politische und personelle Planungen langfristig und nachhaltig zu gestalten. Seit 1998 verzeichnet die CDU zwei Vorsitzende (Wolfgang Schäuble, Angela Merkel), die SPD aber derer acht. In der Zeit der Großen Koalition 2005-2009 war die Fluktuation besonders groß: Im November 2005 wurde Franz Müntefering von Matthias Platzeck abgelöst, der aus gesundheitlichen Gründen nur bis April 2006 amtierte. Sein Nachfolger wurde Kurt Beck, der im September 2008 wegen Indiskretionen das Handtuch warf. Bis Franz Müntefering im Oktober 2008 wieder übernahm, amtierte Frank-Walter Steinmeier kommissarisch. Dieser trat 2009 als Spitzenkandidat der SPD gegen Angela Merkel an, die erstmalig 2005 die Union in den Bundestagswahlkampf führte und seitdem als Bundeskanzlerin bzw. Kanzlerkandidatin wirkt. 2013 war Peer Steinbrück Spitzenkandidat der SPD, 2017 Martin Schulz.

7) Die Bundestagswahl 2017

Trotz der katastrophalen Niederlage von 2009 ist die SPD 2013 wieder einer unionsgeführten Großen Koalition als Juniorpartner beigetreten. CDU/CSU konnten sich damals auf 311 Sitze im Deutschen Bundestag stützen. Zur absoluten Mehrheit von 316 Mandaten fehlten ihr mithin ganze fünf. SPD, Linkspartei und Bündnisgrüne hatten zusammen 320 Bundestagsabgeordnete, konnten bzw. wollten diese Mehrheit aber nicht effektuieren. Da die Grünen eine Koalition mit den Konservativen ablehnten, sprang die SPD (gestützt auf ein breites Mitgliedervotum) ein und kompensierte mit ihren 193 Abgeordneten das Fünftimmendefizit der Union.

Es kam, wie es kommen musste: Die SPD verstieß nach der Missachtung der fünften Erfolgsbedingung auch noch heftig gegen die anderen vier Bedingungen.

Zur ersten Erfolgsbedingung: Anders als in der Großen Koalition 2005-2009 konnte die Partei zwar viele ihrer Forderungen in den langwierigen Koalitionsverhandlungen durch- und dann auch in der Regierungsarbeit umsetzen. Erinnerung sei nur an die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, an die Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, an die Mietpreisbremse, die gesetzliche Frauenquote, das "ElterngeldPlus" und nicht zuletzt die "Ehe für alle". Die SPD war zweifellos die maßgebliche Reformkraft in der Bundesregierung. Aber ihre beachtlichen Erfolge zahlten sich in Umfragen nicht aus. Die Partei mäanderte bis Ende 2015 permanent um die 25-Prozent-Marke. Im Mai und Juni und dann wieder im November 2016 und auch noch im Januar 2017 rutschte sie bei der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) sogar auf 21 Prozent ab (Grafik 5)¹⁰. Was fehlte, war ein erkennbar sozialdemokratisches Gesamtkonzept zur Bewältigung der problematischen Globalisierungsfolgen, ein Konzept, das auch Zukunftsperspektiven in Sachen Gerechtigkeit und Sicherheit vermittelt und sich deutlich von der konservativen Weltansicht der Unionsparteien unterscheidet. Dies bemängelte auch Sigmar Gabriel auf der "Wertekonferenz Gerechtigkeit" am 9. Mai 2016:

"Wir schreiben Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen – in der Gesellschaft aber tobt ein neuer historisch bedeutender Kampf um globale Gerechtigkeit. (...) Wer die kleinen Schritte geht, kann die Richtung aus den Augen verlieren. Wer das Machbare tut, kann das augenblicklich Machbare mit dem grundsätzlich Notwendigen verwechseln. (...) Angesichts der neuen sozialen Frage wirkt die SPD zu sehr als eine emotional ermüdete Partei im Hamsterrad der Sozialreparatur."¹¹

Dieses Defizit wurde auch unter dem Kanzlerkandidaten Martin Schulz nicht behoben. Immer wieder wurde die Frage gestellt: Was will Schulz? Unter seiner Ägide wurden zwar viele programmatische Dokumente erarbeitet, zur Bildungspolitik, zur Innenpolitik, ein Renten- und ein Steuerkonzept, schließlich das SPD-Wahlprogramm und, darauf basierend, ein Zukunftsprogramm. Die Partei präsentierte eine Vielzahl von biederen und soliden, aber unspektakulären Forderungen, die sich allenfalls im Detail von denen der CDU unterschieden. Zugespielt formuliert: Es wurden alle politischen Themen angesprochen, nur eben war der Wald vor lauter Bäumen nicht erkennbar.

10 Die Umfragedaten in den Grafiken 5, 6, 7 und 9 wurden von der FGW in Mannheim für die "Politbarometer" des ZDF erhoben.

11 www.spd.de/aktuelles/detail/news/unser-fundament-gerechtigkeit/09/05/2016/ (17.9.2017).

Zudem wurde das Leitmotiv der Kampagne "Zeit für mehr Gerechtigkeit" nicht spezifiziert. Denn soziale Gerechtigkeit streben auch die Unionsparteien und die Bündnisgrünen an - und die Linkspartei sowieso. Soziale Gerechtigkeit ist kein Begriff, der ausschließlich mit dem Markenkern der SPD verbunden wird. Eine spezifisch sozialdemokratische Konzeptualisierung dieses Grundwerts hätte den widersprüchlichen Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit berücksichtigen müssen, wobei im Zeitalter der Globalisierung überdies die enge Verbindung zwischen sozialer Sicherheit und Innerer Sicherheit zu beachten gewesen wäre. Dieser Gesamtkontext hätte vor dem Hintergrund der Migrationsbewegungen im Allgemeinen und der Flüchtlingskrise in Deutschland im Besonderen seinen Niederschlag in einem Grundsatzprogramm finden müssen. Voraussetzung für ein derartiges Programm wäre freilich ein intensiver und langfristiger Diskussions- und Entscheidungsprozess gewesen, der in der kurzen Amtszeit von Martin Schulz gar nicht möglich und während eines Wahlkampfs auch gar nicht sinnvoll gewesen wäre.

Zur zweiten Erfolgsbedingung: Auch die Inauguration von Martin Schulz als Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender war nicht das Ergebnis einer langfristigen Strategie. Nicht zuletzt wegen der schlechten Umfrageergebnisse verzichtete der damalige Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel im Januar 2017 auf die Spitzenkandidatur und trug sie Martin Schulz an. Er wurde vom Parteivorstand nominiert und im März von einem Parteitag mit hundertprozentiger Zustimmung zum Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden gewählt. Schulz löste zunächst bei Mitgliedern und Sympathisanten eine euphorische Begeisterung aus. Schließlich war er als Europapolitiker nicht in Regierungspolitik der Großen Koalition eingebunden und würde ohne Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner einen eigenständigen Wahlkampf betreiben können. Mit Schulz wurde vielfach das Bild einer globalisierte Sozialdemokratie verbunden, die den nationalistischen, ethnozentristischen und populistischen Tendenzen hierzulande, vor allem aber auch in den USA (Trump), in Großbritannien (May), in Ungarn (Orban) oder Polen (Kaczyński), die Vision eines gerechten, humanen, offenen und modernen Europa entgegenstellt. Daher versammelte sich die SPD geschlossen, selbstbewusst und zuversichtlich im Wahlkampf hinter Schulz, der kein Zweifel daran aufkommen ließ, dass er gewinnen will und kann. Im Frühjahr schossen dann auch die Umfragedaten für die SPD in die Höhe und verliehen dem Optimismus der Partei Flügel (Grafik 5).

Aber schon Ende April war der Höhenflug wieder beendet. Verantwortlich dafür waren unterschiedliche Faktoren, die auf die Formel "strategische Defizite im SPD-Wahlkampf" gebracht werden können. Die Partei hatte kein erkennbares konsistentes Konzept, wie der CDU/CSU als dominierender Kraft im Parteiensystem Paroli geboten werden soll. Der Wahlkampf war ganz auf Schulz zugeschnitten ("Zeit für mehr Gerechtigkeit – Zeit für Martin Schulz"), aber während der Landtagswahlkämpfe im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen war er kaum präsent. Angeblich war er von Hannelore Kraft und Torsten Albig gebeten worden, sich in dieser Zeit mit seinem Gerechtigkeitswahlkampf etwas zurückzuhalten, damit landespolitische Themen dominieren können. Nach der angeblich verlorenen Saarlandwahl flaute der Medien-Hype langsam, nach den Niederlagen in Schleswig-Holstein und NRW rapide ab.

Als nachteilig wirkte sich auch aus, dass Schulz kaum über innenpolitische Erfahrungen verfügte und kein Regierungsamt innehatte. Daher profitierte die Bundeskanzlerin besonders von ihrem Amtsbonus und kostete diesen Vorzug auch genüsslich bei internationalen Tagungen und Konferenzen aus. Eine Glanzleistung ihres Wahlkampfs war das Treffen mit dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama beim Deutschen Evangelischen Kirchentag. Die gemeinsame Diskussion, live und öffentlich vor dem Brandenburger Tor in Berlin, geriet zu einem Medien-Highlight. Schulz musste sich damit begnügen, die internationalen Aktivitäten der Kanzlerin als "Sidekick" kommentieren zu dürfen.

Wie schon bei früheren Bundestagswahlen bot die Union kaum Angriffspunkte für die SPD. Der FGW-Chef Matthias Jung hat dafür die Formel "asymmetrische Demobilisierung" geprägt. Inhaltlich war die CDU/CSU bemüht, die SPD so weit wie möglich zu neutralisieren. Ihre Erfolge in der Koalition wurden der Bundesregierung und damit der Kanzlerin gutgeschrieben, und im Wahlkampf wurde die offene Konfrontation vermieden. Die Union besetzte alle Themenfelder, die die SPD ansprach, und wenn die SPD die Nase einmal vorn hatte, wie in der Rentenpolitik, legte die Union umgehend nach. Selbst das Thema Europa wurde dem Europapolitiker Schulz streitig gemacht. In ihrer Wahlkampfrede auf einem Münchner Volksfest am 28. Mai erklärte Merkel beispielsweise nach dem enttäuschenden G7-Gipfel: "Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen." Kritik an der SPD wurde allenfalls verhalten geübt. So kritisierte Merkel den Gerechtigkeitswahlkampf von Schulz auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen CDU am 24. Juni als einseitig. Sie erinnerte an den SPD-Slogan aus dem Bundestagswahlkampf 1998

"Innovation und Gerechtigkeit" und forderte von Schulz, auch der Modernisierung der Wirtschaft Beachtung zu schenken.

Anders als vielfach angenommen, folgte die Union sehr wohl einer konzisen Wahlkampfstrategie. Sie sang nämlich konsequent das Hohelied des Konservatismus: Weiter so, es gibt noch viel zu tun! Keine Experimente! Und das Motto des "Regierungsprogramms 2017-2021" lautet: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". In Umfragen verzeichneten die Union und ihre Spitzenkandidatin einen komfortablen Vorsprung gegenüber der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten, und aller Wahrscheinlichkeit nach würde die Kanzlerin vier weitere Jahre amtieren. Der Wahlausgang wurde daher häufig auf die Frage reduziert: mit welchen Partnern.

Politisch hatten sich die Schwesterparteien wieder zusammengerauft. Die Flüchtlingskrise von 2015 hatte sich abgeschwächt, und die Differenzen mit der CSU waren bereinigt. Zwar hatte man sich nicht auf eine Obergrenze für die Zuwanderung einigen können, aber doch Einvernehmen darüber erzielen können, dass sich Verhältnisse wie 2015 nicht wiederholen dürften. 2016/17 waren die Flüchtlingszahlen infolge vor allem der Schließung der Balkanroute und des EU-Türkei-Abkommens rückläufig, und damit erholten sich auch die Umfragewerte der CDU/CSU wieder, die von zuvor über 40 Prozent bis auf 33 Prozent Ende Oktober 2016 abgesackt waren. Auch im Zeichen der erfolgreichen drei Landtagswahlen 2017 kletterten die Werte dann wieder bis auf 40 Prozent im August (Grafik 6).

Nutznießerin dieses zeitweiligen Abschwungs war die AfD, die im August 2015 noch mit drei Prozent gemessen worden war und dann bis auf 13 Prozent aufstieg (letztmalig im Januar 2017). In ihr, nicht in der SPD, sah die Union ihren Hauptfeind. Insbesondere die CSU fürchtete um ihre Mehrheit in Bayern und übte daher zeitweilig heftige Kritik an der Flüchtlingspolitik der Schwesterpartei. Im Bundestagswahljahr verständigten sich dann beide darauf, dass Einigkeit stark macht und dass der AfD nur durch eine nachhaltige Begrenzung der Zuwanderung und durch eine stärkere Betonung der Inneren Sicherheit Einhalt geboten werden kann.

Im Frühsommer 2017 vollzog sich dann eine interessante Entwicklung in den Umfragen: Als sich die CDU/CSU wie erwähnt erholte und wieder die 40 Prozent-Höhe erklomm, büßte die AfD an Zuspruch ein und sank im Juni/Juli auf sieben Prozent ab, während die FDP, die

lange Zeit gegen die Fünf-Prozent-Hürde kämpfte, zulegte. Beide Parteien trafen sich im Juli/August auf der Acht-Prozent-Marke und kletterten dann gemeinsam bis Mitte September hinauf auf zehn Prozent (Grafik 7). Dieser Auftrieb vollzog sich parallel zu – wenn auch vergleichsweise geringen – Einbußen der CDU/CSU, die bis Mitte September von zuvor 40 Prozent auf 36 Prozent abrutschte (Grafik 6).

Die FDP hatte sich offenbar mit ihren wirtschaftsliberalen Forderungen, ihrer Betonung der Inneren Sicherheit und der Absicht, die Zuwanderung zu begrenzen, zu einer "AfD light" entwickelt, die nun mit der AfD um Stimmen am rechten Rand konkurrierte. Beiden dürfte es gelungen sein, in den letzten Wahlkampfwochen der CDU[/CSU] Wähler abzuja- gen: Wähler beispielsweise, die von dem langweiligen Wahlkampf genervt waren und den Volksparteien einen Denkkzettel verpassen wollten, und/oder Wähler, die mit dem Flücht- lings- und Sicherheitsangebot der Union unzufrieden waren oder Wähler, die von einem Sieg der Union ausgingen und nun ihre Favoritin für eine Regierungskoalition unterstützen wollten. Die Entscheidung zugunsten der FDP könnte auch erfolgt sein, weil sie Personen ansprach, die von der CDU/CSU enttäuscht waren, aber nicht die AfD wählen wollten. Dass die Positionen der FDP mit denen der AfD stärker übereinstimmten als die der CDU/CSU, der SPD oder gar der Linkspartei, wurde übrigens auch durch eine Untersu- chung bestätigt, die die Programme der an der Bundestagswahl beteiligten Parteien ver- gleicht (Grafik 8).

Die SPD war an den Diskursen über das Flüchtlingsproblem nicht mit authentischen Beiträ- gen beteiligt. Und dies, obwohl eine auf Tiefeninterviews basierte Untersuchung des Rheingold-Instituts heraus fand, dass die Probanden diesem Problem eine enorme Bedeu- tung beimaßen und sich diesbezüglich von der Politik im Stich gelassen fühlten¹². Insge- samt konnte von langfristigen oder gar nachhaltigen politisch-strategischen Planungen der SPD nicht die Rede sein. Die Partei führte einen halbherzigen Wahlkampf, hangelte sich ziellos von Thema zu Thema und vermittelte dabei immer wieder den Eindruck, als strebten sie notfalls die Fortsetzung der Großen Koalition an. "Eine Regierung ohne uns ist schlechter als eine Regierung mit uns", zitiert der "Spiegel" (38/2017, S. 20) einen "führenden Sozialdemokraten". Und auch Gabriel soll eine Große Koalition nicht prinzipiell ausge- schlossen haben.

12 https://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Gebremste_Wut_der_Waehler_-_Eigenstudie_zur_Bundestagswahl_2017.html.

Zur dritten Erfolgsbedingung: Parteichef Gabriel ließ 2016 immer wieder Sympathien für ein Linksbündnis erkennen. Im Oktober hatte er sogar an einem Treffen von etwa 90 Vertretern von SPD, Grünen und Linkspartei teilgenommen, um Perspektiven einer Zusammenarbeit auszuloten. Und auch der Gerechtigkeitswahlkampf von Schulz konnte als Öffnung für ein rot-rot-grünes Bündnis gedeutet werden. Nach der Landtagswahl im Saarland Ende März 2017 kippte die Stimmung. In den Medien und in weiten Teilen der SPD wurde nun die Auffassung vertreten, dass die Sympathien für eine Kooperation mit der Linkspartei die SPD geschwächt und zur Mobilisierung der CDU-Anhänger beigetragen habe. Und nun betonten auch Schulz, Gabriel und weitere führende Parteifunktionäre ihre Präferenz für eine Ampelkoalition.

In Wirklichkeit hatte sich die SPD im Saarland mit dem Verlust von nur einem einzigen Prozentpunkt gegenüber der Vorwahl vergleichsweise gut gehalten. Ihre Verluste im Mai bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (minus 3,1 Prozentpunkte) und erst Recht in Nordrhein-Westfalen (minus 7,9 Prozentpunkte) fielen wesentlich größer aus, obwohl dort eine Koalition mit der Linkspartei gar nicht zur Debatte stand. In beiden Fällen musste die SPD sogar das Amt des Regierungschefs an die CDU abtreten. Im Saarland ist das Ergebnis der SPD lediglich schlechter ausgefallen als die demoskopischen Voraussagen. Immerhin kam es zu einem Gleichgewicht bzw. ein Patt zwischen CDU (24 Mandate) und Rot-Rot (SPD 17, LP 7 Mandate). Beiden fehlten zwei Mandate zur absoluten Mehrheit von 26 Mandaten. Rot-Rot hat die absolute Mehrheit also nur knapp verfehlt.

Dafür hat die Linkspartei die SPD verantwortlich gemacht. Tatsächlich traf das Gegenteil zu. Denn die SPD hat die Anzahl ihrer Mandate von der Vorwahl wenigstens gehalten, während die LP zwei Sitze verloren hat (die für eine absolute Mehrheit von Rot-Rot fehlen). Dass der "Schulz-Effekt" – wie vielfach behauptet – ausgeblieben ist, dürfte ebenfalls kaum der Realität entsprochen haben: Normalerweise muss die SPD als Juniorpartner einer Großen Koalition bei Wahlen herbe Verluste hinnehmen. Das schien auch noch Anfang des Jahres 2017 zuzutreffen: Die Umfragen bescheinigten der SPD damals etwa 24% bis 25%. Das tatsächliche Wahlergebnis von knapp 30 Prozent dürfte daher auch dem Auftreten von Schulz geschuldet sein. Obwohl niemals überzeugend nachgewiesen wurde, dass im Saarland erhebliche Vorbehalte gegenüber einer rot-roten Koalition bestanden und dass

diese Vorbehalte der SPD geschadet haben, hat die Partei einen abrupten Strategie-
wechsel in Sachen Machtperspektive vorgenommen.

Das damit verbundene Risiko war bereits damals absehbar:

Für den Wahlkampf von Schulz könnte sich das Gerede über eine Ampel eher negativ
auswirken. Denn viele seiner Sympathisanten würden sich fragen, wie er das Leitmotiv sei-
ner Kampagne, das Gerechtigkeitsversprechen, mit der "Wirtschaftspartei" FDP, mit der
"Partei der Besserverdienenden" umsetzen will. Es könnte der Eindruck entstehen, dass es
Schulz nur um die Macht geht ("Ich will Kanzler werden"), egal wer ihm dazu verhilft. Die
notwendige umfassende Mobilisierung der potenziellen SPD-Anhänger könnte dadurch
gefährdet werden. Nutznießer des Ampel-Geredes wäre dann allein die FDP, die eine ge-
wisse Bereitschaft für eine Ampel signalisiert, um den Eindruck zu vermeiden, sie taue nur
als Mehrheitsbeschafferin der Unionsparteien.

So ist es dann ja auch gekommen: Aus der Position der Eigenständigkeit heraus und mit
einem forschen Wahlkampf tritt sich die FDP mit den Grünen, der Linkspartei und der AfD
um den "dritten Platz" im Wettbewerb um Bundestagsmandate und zog damit auch die
Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Da sich auch die Grünen an diesem Wettrennen um
die Gunst der Union beteiligten, nachdem sie in Umfragen von 14 Prozent im Frühjahr 2016
auf sieben Prozent im März/April 2017 abgerutscht waren (Grafik 9), stand die SPD nach
ihrem Zickzack-Kurs ohne Machtperspektive da (abgesehen einmal von der Möglichkeit,
die Große Koalition fortzusetzen). Damit ist das Risiko gewachsen, dass sich potenzielle
Wähler abwenden, weil in ihren Augen eine Stimme für die SPD eine verschenkte Stimme
ist.

Zur vierten Erfolgsbedingung: Ohne sozialdemokratischen Markenkern, ohne Langfriststra-
tegie und ohne Machtperspektive war auch eine gezielte Stammwählerpflege nicht mög-
lich und wurde offenbar auch gar nicht angestrebt.

8) Fazit:

Die SPD muss die Nachteile, die ihr aus der asymmetrischen Verteilung der Machtchancen
im bundesweiten Parteienwettbewerb erwachsen, durch ein überzeugendes Politik- und

Personalangebot ausgleichen, das als ihr Markenkern eine Reformperspektive für die gerechte, faire, menschenwürdige und friedliche Gestaltung Globalisierung bietet. Zudem ist eine realistische Machtperspektive geboten. Dieses Reformangebot ist dauerhaft und nachhaltig zu kommunizieren, um sowohl treue Anhänger an die Partei zu binden als auch neue Wählerschichten zu erschließen. Dabei ist der Stammwählerpflege besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Niedergang der SPD beruht darauf, dass diese Vorgaben in der Vergangenheit sträflich missachtet worden sind. Nach der katastrophalen Wahlniederlage bei der diesjährigen Bundestagswahl ist ein politisch-programmatischer Neustart angesagt. Nach der Wahl ist vor der Wahl! Eine Fortsetzung der Großen Koalition kommt nicht in Betracht, denn erstens ist die bisherige gerade abgewählt worden und zweitens hat sich die SPD bisher bis zur Selbstaufgabe großkoalitionär benommen. Aus staatspolitischen Gründen müssen nun mal die anderen ran. Die Jamaika-Parteien verfügen über eine Mehrheit und müssen das Wählervotum nun auch umsetzen und eine Regierung bilden. Die SPD sollte umgehend mit den politischen und personellen Planungen für die kommenden Jahre beginnen. Martin Schulz hat einen engagierten und tapferen Wahlkampf geführt und auch durch seine programmatischen Aussagen bewiesen, dass er in der Lage ist, als Parteichef den nationalistischen, rassistischen und neoliberalen Tendenzen hierzulande und außerhalb die Vision eines sozialen, solidarischen und offenen, aber auch sicheren, modernen und innovativen Europa entgegenzustellen und in diesem Sinne die Diskussion für ein neues Grundsatzzprogramm der SPD in die Wege zu leiten.

Nachbemerkung:

Aus dem Beitrag sollte klar geworden sein, dass Schulz nicht für das diesjährige Bundestagswahlergebnis verantwortlich gemacht werden kann – und schon gar nicht für den Niedergang der SPD.

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

Freie Universität Berlin

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Homepage: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/mitarbeiter/stoess/>

Berlin, den 1.10.2017

Anhang

Tabellen und Grafiken

Tabelle 1: Zweitstimmenergebnisse ausgewählter Parteien bei Bundestagswahlen 1949 - 2017 (%)					
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/G	LP[PDS]
1949	31,0	29,2	11,9		
1953	45,2	28,8	9,5		
1957	50,2	31,8	7,7		
1961	45,3	36,2	12,8		
1965	47,6	39,3	9,5		
1969	46,1	42,7	5,8		
1972	44,9	45,8	8,4		
1976	48,6	42,6	7,9		
1980	44,5	42,9	10,6	1,5	
1983	48,8	38,2	7,0	5,6	
1987	44,3	37,0	9,1	8,3	
1990	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4
1994	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4
1998	35,2	40,9	6,3	6,7	5,1
2002	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0
2005	35,2	34,2	9,8	8,1	8,7
2009	33,8	23,0	14,6	10,7	11,9
2013	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6
2017*	32,9	20,5	10,7	8,9	9,2

* CDU 26,8, CSU 6,2, CDU/CSU rundungsbedingt 32,9

**Tabelle 2:
Zweitstimmenergebnisse ausgewählter Parteien
bei Bundestagswahlen 1990 - 2017 (%)**

	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/G	LP[PDS]	AfD	SON
1990	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4		4,3
1994	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4		3,6
1998	35,2	40,9	6,3	6,7	5,1		5,8
2002	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0		3,0
2005	35,2	34,2	9,8	8,1	8,7		4,0
2009	33,8	23,0	14,6	10,7	11,9		6,0
2013	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6	4,7	6,3
2017*	32,9	20,5	10,7	8,9	9,2	12,6	5,0

* Die Prozentwerte addieren sich rundungsbedingt nur auf 99,8 Prozent.

Tabelle 3: Durchschnittliche Zweitstimmenergebnisse¹⁾ bei Bundestagswahlen von CDU/CSU und SPD (%) sowie Ausmaß der Asymmetrie²⁾ (Prozentpunkte) für die Wahlen 1949 - 1987³⁾, für die Wahlen 1990 - 2013⁴⁾ sowie für alle Wahlen bis 2013 und 2017			
	CDU/CSU	SPD	Asymmetrie
1949 - 1987	45,1	37,7	7,4
1990 - 2013	38,5	33,2	5,3
1949 - 2013	42,6	35,9	6,7
1949 – 2017	42,0	35,1	6,9

- 1 Arithmetische Mittel: Summe der Zweitstimmenanteile geteilt durch die Anzahl der Wahlen
- 2 Durchschnittswerte CDU/CSU minus Durchschnittswerte SPD
- 3 "Alte" BRD ohne Berlin (West)
- 4 Seit der deutschen Einheit

Tabelle 4: Die Wählerstämme ausgewählter Parteien bei den Bundestagswahlen 1998 - 2017 (%)						
	1998	2002	2005	2009	2013	2017
CDU/CSU	74	73	76	72	63	72
SPD	62	73	71	77	60	62
FDP	44	36	39	42	69	24
B90/G	50	48	57	46	60	45
LP[PDS]	54	65	32	50	68	47
AfD	-	-	-	-	-	24

Datenquelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung Bundestagswahlen 1998-2017
 (eigene Berechnungen, Basis: Wählerwanderungen)

Tabelle 5a Gewinne und Verluste der SPD zwischen jeweils zwei Bundestagswahlen 1998 - 2009 (%)			
Zeitraum	02/98	05/02	09/05
CDU/CSU	-66	-27	-14
FDP	-20	-5	-9
B90/G	-30	-5	-14
LP[PDS]	+17	-42	-18
Andere	+8	-5	-5
Nichtwähler	-4	-16	-33
Demographie ¹⁾	-5	0	-7
Summe	100	100	100

Tabelle 5b Gewinne und Verluste der SPD zwischen jeweils zwei Bundestagswahlen 1998 - 2009 (Mio. Wähler)			
Zeitraum	02/98	05/02	09/05
CDU/CSU	-1,1	-0,6	-0,9
FDP	-0,3	-0,1	-0,5
B90/G	-0,5	-0,1	-0,9
LP[PDS]	+0,3	-1,0	-1,1
Andere	+0,1	-0,1	-0,3
Nichtwähler	-0,1	-0,4	-2,0
Demographie ¹⁾	-0,1	0	-0,5
Insgesamt	-1,7	-2,3	-6,2

1 Veränderungen des Elektorats: Erstwähler/Verstorbene, Zu-/Fortgezogene

Datenquelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung Bundestagswahlen 2002-2009
(eigene Berechnungen, Basis: Wählerwanderungen)

Tabelle 6a: Die Herkunft der Wähler der SPD nach Wählertypen bei den Bundestagswahlen 1998 - 2017 (%)						
Jahr	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Zweitstimmen (%)	40,9	38,5	34,2	23,0	25,7	20,5
Parteiwechsler ¹⁾	20	14	15	13	27	19
Einwechsler ²⁾	12	7	9	6	8	4
Demographie ³⁾	6	6	5	4	5	15
Wählerstamm	62	73	71	77	60	62
Summe	100	100	100	100	100	100

Tabelle 6b: Die Herkunft der Wähler der SPD nach Wählertypen bei den Bundestagswahlen 1998 - 2017 (Mio. Wähler)						
Jahr	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Parteiwechsler ¹⁾	4,1	2,5	2,5	1,4	3,2	1,8
Einwechsler ²⁾	2,4	1,3	1,4	0,6	0,9	1,4
Demographie ³⁾	1,1	1,2	0,8	0,4	0,5	0,4
Wählerstamm	12,6	13,5	11,4	7,6	6,7	5,9
Insgesamt	20,2	18,5	16,2	10,0	11,3	9,5

1 Gewinne von anderen Parteien

2 Gewinne aus dem Nichtwählerbereich

3 Veränderungen des Elektorats: Erstwähler/Verstorbene, Zu-/Fortgezogene

Datenquelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung Bundestagswahlen 1998-2017
(eigene Berechnungen, Basis: Wählerwanderungen)

**Tabelle 7a:
Die Herkunft der Wähler der CDU/CSU nach Wählertypen
bei den Bundestagswahlen 1998 - 2017 (%)**

Jahr Zweitstimmen (%)	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Parteiwechsler ¹⁾	13	14	16	17	25	11
Einwechsler ²⁾	8	7	5	7	8	13
Demographie ³⁾	5	6	3	4	4	4
Wählerstamm	74	73	76	72	63	72
Summe	100	100	100	100	100	100

**Tabelle 7b:
Die Herkunft der Wähler der CDU/CSU nach Wählertypen
bei den Bundestagswahlen 1998 - 2017 (Mio. Wähler)**

Jahr	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Parteiwechsler ¹⁾	2,2	2,5	2,6	2,6	4,6	1,7
Einwechsler ²⁾	1,3	1,3	0,8	1,0	1,5	2,0
Demographie ³⁾	0,9	1,1	0,5	0,6	0,6	0,5
Wählerstamm	12,9	13,5	12,6	10,6	11,4	11,1
Insgesamt	17,3	18,5	16,6	14,7	18,2	15,3

1 Gewinne von anderen Parteien

2 Gewinne aus dem Nichtwählerbereich

3 Veränderungen des Elektorats: Erstwähler/Verstorbene, Zu-/Fortgezogene

Datenquelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung Bundestagswahlen 1998-2017
(eigene Berechnungen, Basis: Wählerwanderungen)

**Tabelle 8:
Bundesvorsitzende der CDU und der SPD
sowie Spitzenkandidaten der CDU/CSU und der SPD
bei Bundestagswahlen seit 1998**

CDU/[CSU]	SPD
Parteivorsitz	
1998-2000: Wolfgang Schäuble	[1995]-1999: Oskar Lafontaine
Seit 2000: Angela Merkel	1999-2004: Gerhard Schröder
	2004-2005: Franz Müntefering
	2005-2006: Matthias Platzeck
	2006-2008: Kurt Beck
	2008-2009: Franz Müntefering
	2009-2017: Sigmar Gabriel
	Seit 2017: Martin Schulz
Kanzlerkandidatur	
1998: Helmut Kohl	1998, 2002, 2005: Gerhard Schröder
2002: Edmund Stoiber	2009: Frank-Walter Steinmeier
2005, 2009, 2013, 2017: Angela Merkel	2013: Peer Steinbrück
	2017: Martin Schulz

Tabelle 9: Die Herkunft der Wähler der AfD nach Parteien bzw. Wählertypen bei der Bundestagswahl 2013 (abs. und i.v.H.)		
	Mio.	%
Union	0,29	14
SPD	0,18	9
FDP	0,43	21
LP	0,34	17
B90/G	0,09	4
Andere	0,41	20
Summe Parteiwechsler ¹⁾	1,74	85
Einwechsler ²⁾	0,21	10
Demographie ³⁾	0,11	5
Insgesamt	2,06	100

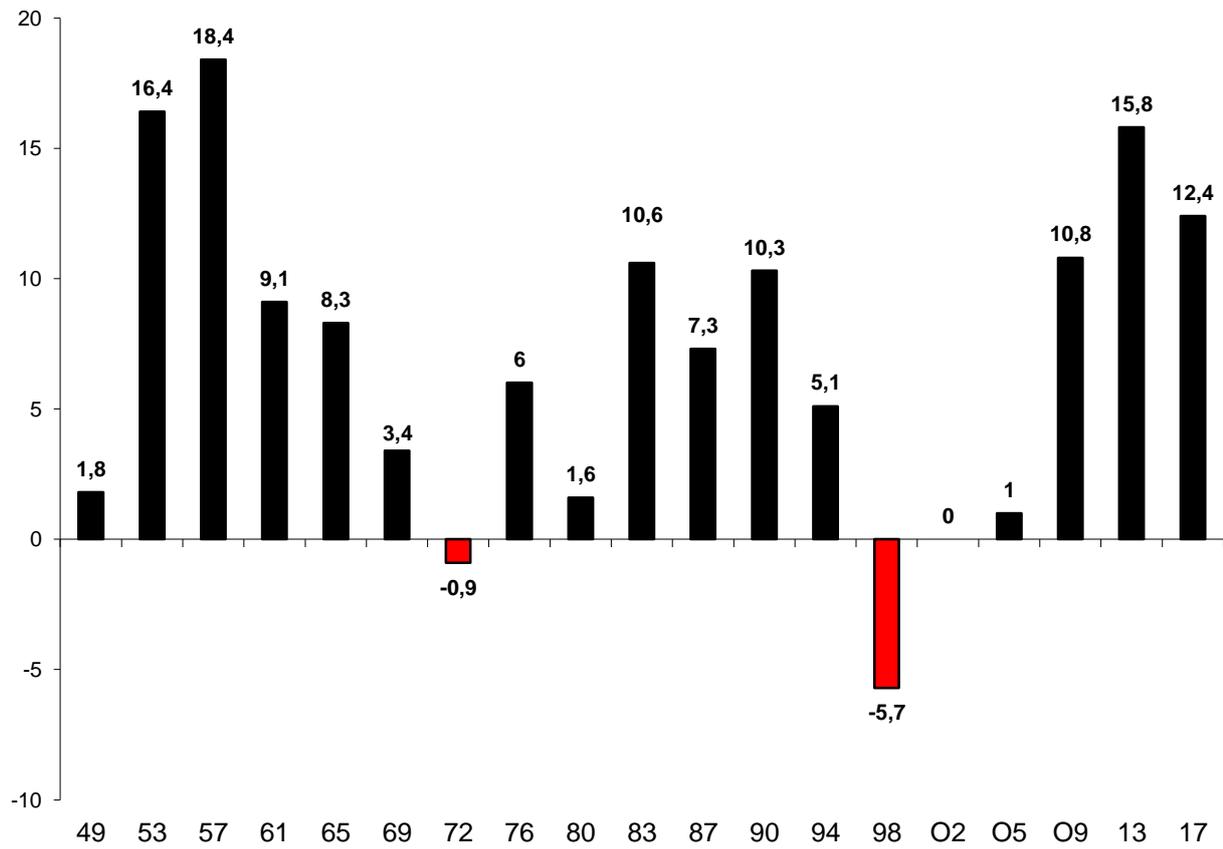
1 Gewinne von anderen Parteien

2 Gewinne aus dem Nichtwählerbereich

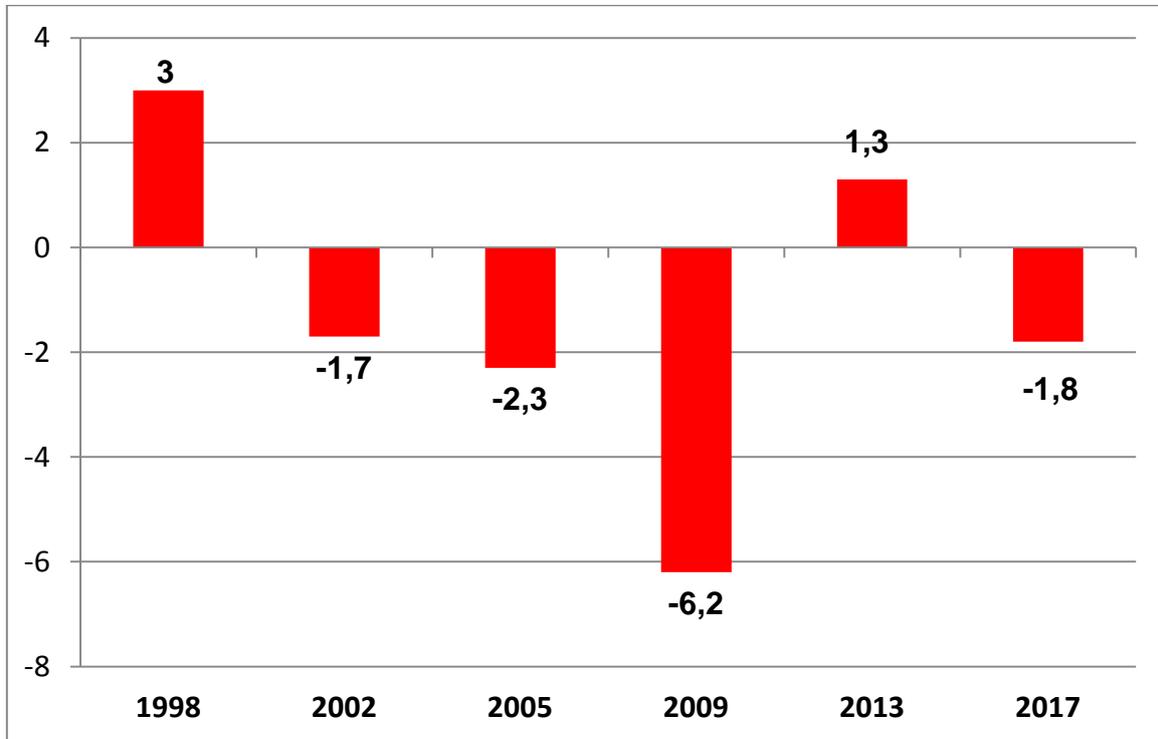
3 Veränderungen des Elektorats: Erstwähler/Verstorbene, Zu-/Fortgezogene

Datenquelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung Bundestagswahlen 2013
(eigene Berechnungen, Basis: Wählerwanderungen)

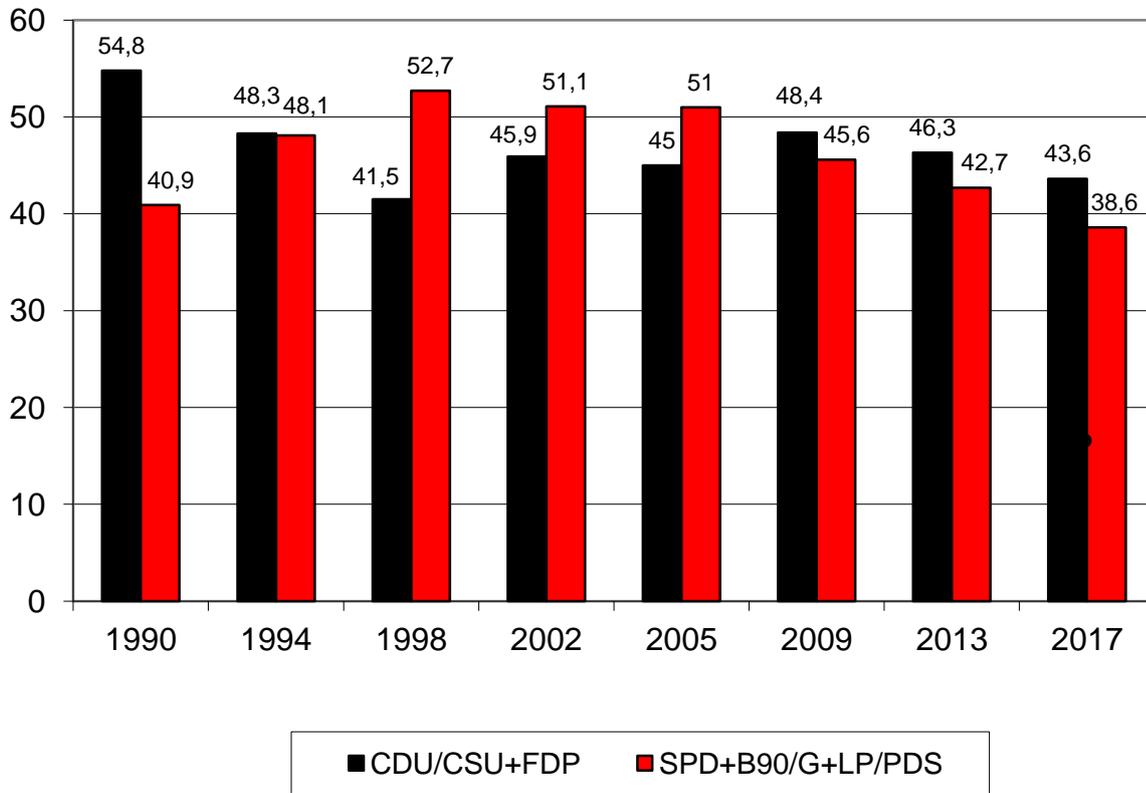
Grafik 1:
Zweitstimmendifferenz CDU/CSU ./ SPD
bei Bundestagswahlen 1949 - 2017
(Prozentpunkte)



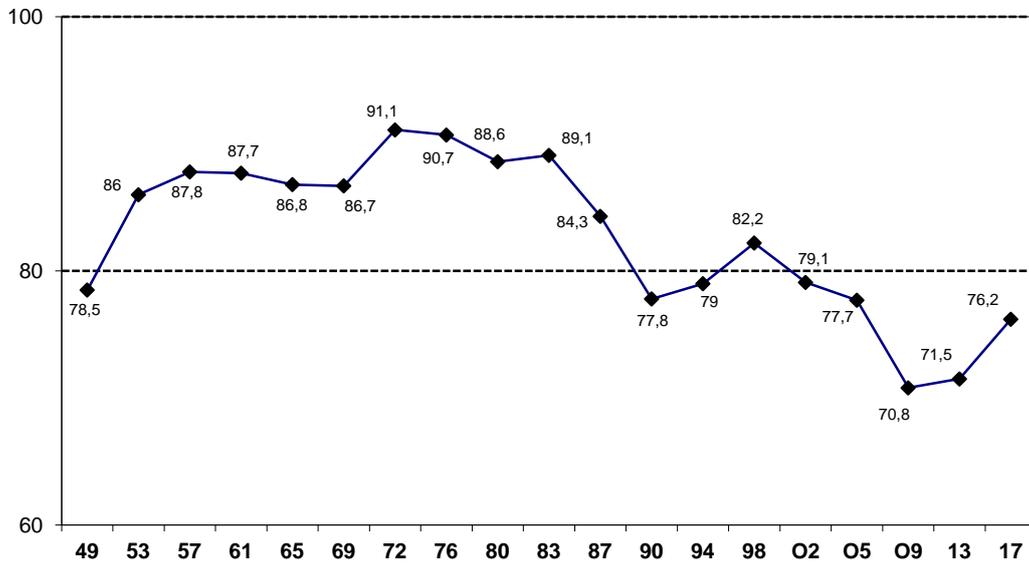
Grafik 2:
Gewinne und Verluste der SPD bei den Bundestagswahlen 1998 - 2017
(Mio. Zweitstimmen)



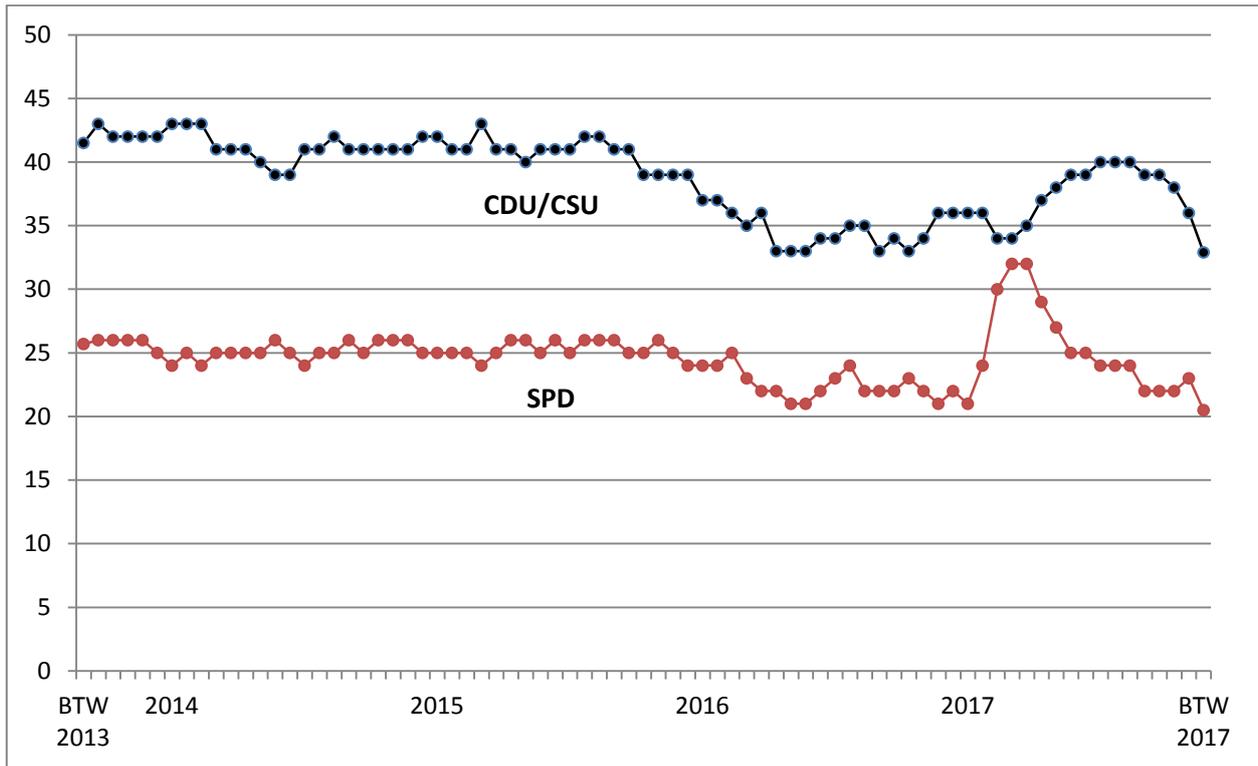
Grafik 3:
Zweitstimmenergebnisse bei Bundestagswahlen
nach "Lagern" 1990 - 2017 (%)



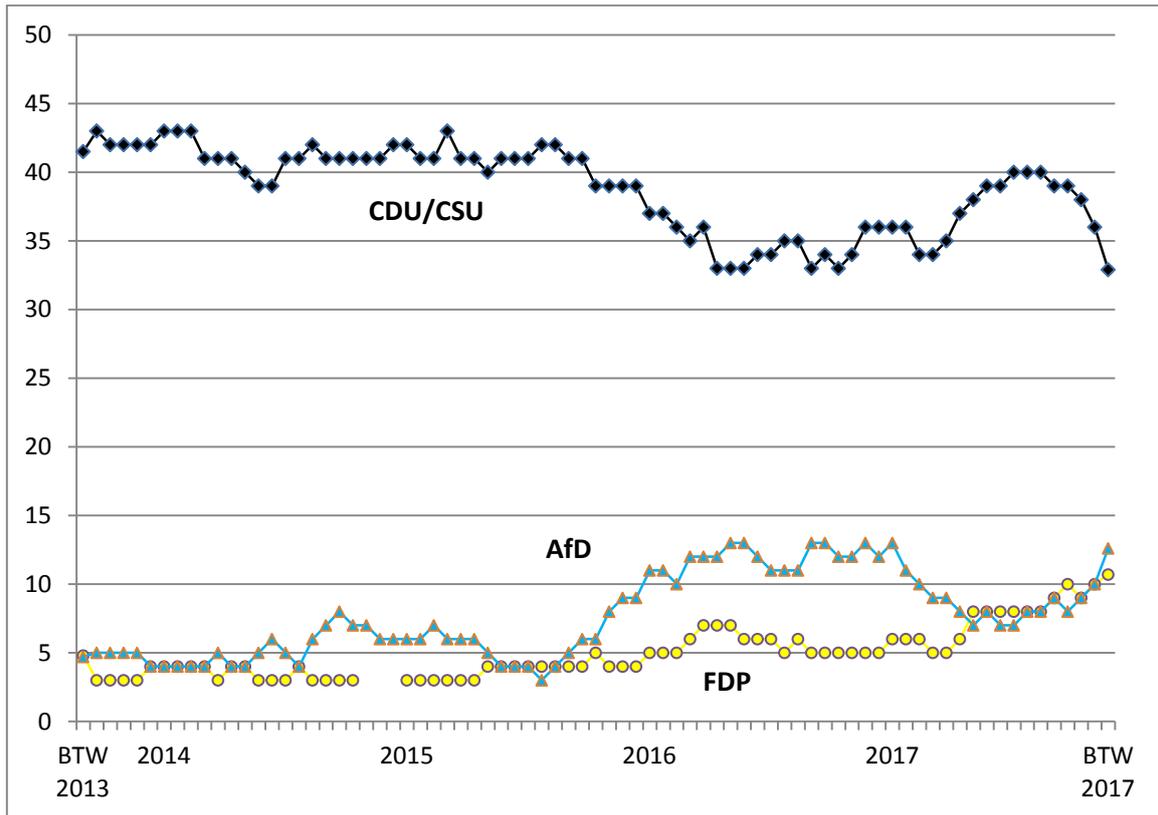
Grafik 4:
Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen
1949-2017 (%)



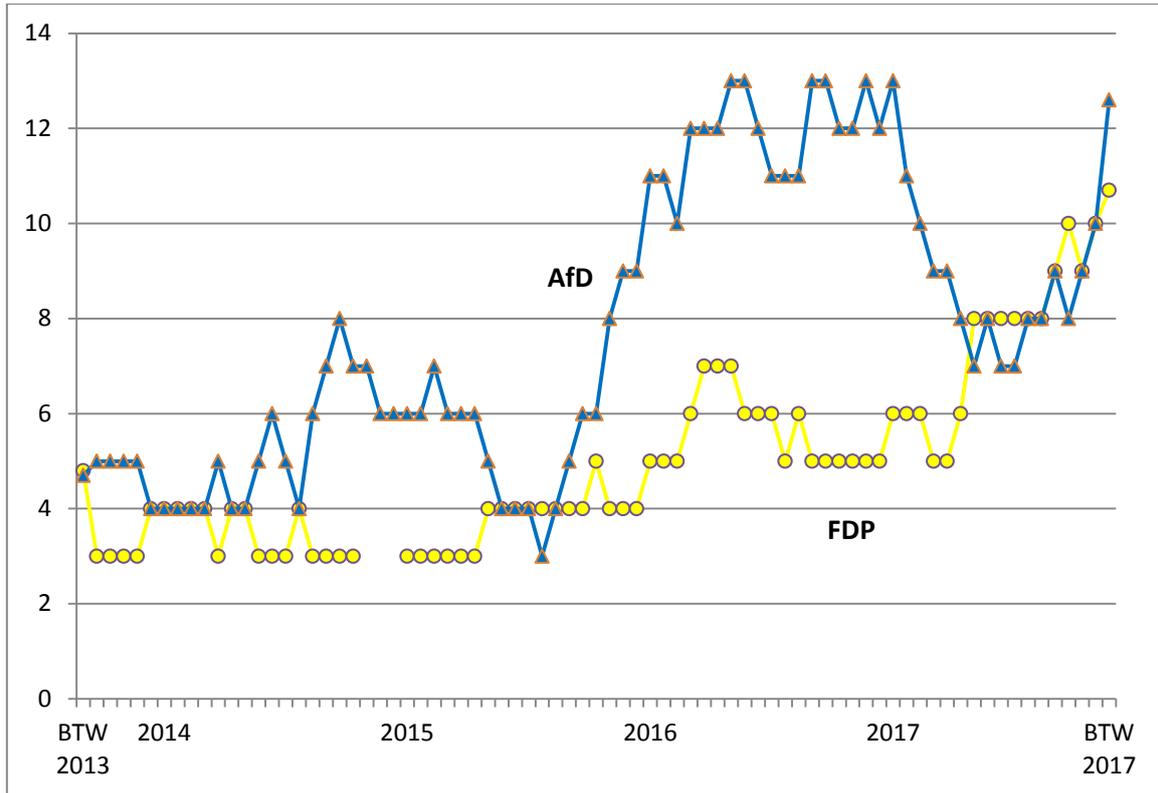
Grafik 5:
Sonntagsfrage CDU/CSU und SPD
September 2013 – September 2017
(Forschungsgruppe Wahlen, Projektion)
sowie Bundestagswahleregebnisse 2013 und 2017
(%)



Grafik 6:
Sonntagsfrage CDU/CSU, FDP und AfD
September 2013 – September 2017
(Forschungsgruppe Wahlen, Projektion)
sowie Bundestagswahlergebnisse 2013 und 2017
(%)



**Grafik 7:
Sonntagsfrage AfD und FDP
September 2013 – September 2017
(Forschungsgruppe Wahlen, Projektion)
sowie Bundestagswahlergebnisse 2013 und 2017
(%)**



Grafik 8:

Politische Übereinstimmung mit der AfD

Vergleich der Positionen der Parteien im "Wahl-O-mat" mit den Positionen der AfD (in Prozent)

■ Übereinstimmung ■ Nicht-Übereinstimmung



Source: Berliner Morgenpost • Created with Datawrapper

<https://interaktiv.morgenpost.de/parteien-bundestagswahl-2017/> (9.9.2017)

Grafik 9:
Sonntagsfrage SPD, Bündnisgrüne und Linkspartei
September 2013 – September 2017
(Forschungsgruppe Wahlen, Projektion)
sowie Bundestagswahlergebnisse 2013 und 2017
(%)

